

Der Gewerkverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Alle Postanstalten für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf., Familienang. 15 Pf., Vereinsanzeigen 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O. Westfälischer 22/23. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Dr. Max Sirsch.

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche Franco an den Verbandskassierer Rudolf Stein, N.O. Westfälischer 22/23, einzulösen sind. Für Mitglieder 55 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerkvereine 55 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 14.

Berlin, 7. April 1905.

Siebendunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die preussischen Bergarbeiter in Berlin. — Die babilische Fabrikenspektion für 1904. — Arbeits-, Lohn- und Organisationsverhältnisse der Deutschen Gewerkvereine in Württemberg. — Das neue Berggesetz im Abgeordnetenhaus. — Aufruf. — Wochenplan. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände. — Gewerkevereins-Zeitung. — Verbands-Zeitung. — Anzeigen-Zeitung.

A Die preussischen Bergarbeiter in Berlin.

Vom 28. bis einschließlich 30. März fand in Berlin, im Gewerkschaftshause der 1. Delegiertenversammlung preussischer Bergarbeiter statt, an welchem sämtliche Gewerkvereine der Bergarbeiter vertreten waren. Für unseren Gewerkverein waren 8 Delegierte aus Westfalen und Schlesien erschienen, außerdem der Hauptgeschäftsführer Hammacher, als Mitglied der Siebenerkommission. In Vertretung des Centralrats war Verbandssekretär Klavon auf dem Kongresse anwesend. Das Centrum, die Freisinnigen und die Sozialdemokratie waren durch einige Mitglieder ihrer Fraktionen als eingeladene Gäste anwesend. Darunter auch der Verbandsanwalt Dr. Max Sirsch und Redakteur Goldschmidt. Wie im Kampfe, so waren auch hier bei ernster Beratung die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen einmütig und kein Misston trübte den Gang der Verhandlungen. Alle Redner sprachen vom Standpunkte der Bergarbeiter und vermieden es, ihre partei- oder kirchenpolitischen Anschauungen zur Geltung zu bringen. Auch die Vertreter unseres Gewerkvereins nahmen lebhaften Anteil an den Verhandlungen. Leider hindert uns der knappe Raum des Blattes, die Ausführungen der einzelnen Redner wiederzugeben, wir müssen uns daher die größte Beschränkung auferlegen und uns im Wesentlichen auf die Wiedergabe der Beschlüsse beschränken.

Ueber die Geseßsnovelle betreffend die Stilllegung von Zechen referierte Köster (Christlich). Redner erinnerte daran, daß bereits 9 Zechen stillgelegt waren, als die öffentliche Meinung sich über dieses Verfahren erregte. Durch die Stilllegung wurde das Angebot von Arbeitern auf den zunächst gelegenen Gruben stark vermehrt. Die 9 stillgelegten Zechen hatten eine Belegschaft von 9041 Mann, wovon 5036 verheiratet waren. Die Besprechung der Vorgänge in breiter Öffentlichkeit habe bereits einen gewissen Erfolg gezeitigt. Hoffentlich werde die dem Landtage vorgelegte Geseßsnovelle angenommen.

Folgende vom Referenten vorgeschlagene Resolution wurde nach kurzer Diskussion, in welcher auch die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke von einer Seite angeregt, die Anregung dann aber zurückgezogen wurde, einstimmig angenommen:

Der Bergarbeitertag erkennt in der auf Grund der bisherigen Statuten des rheinisch-westfälischen Kohlen Syndikats angeforderten Stilllegung von theils noch rentablen Gruben eine das Interesse der Gesamtheit sowohl wie der Arbeiter schädigende Maßnahme. Er erwartet von der Staatsregierung, daß sie den Auswüchsen des Kartellwesens eventuell durch eine umfassende Kartell-Geseßgebung begegne. Vor der Hand begrüßt der Bergarbeitertag das Bestreben, durch Abänderung des § 65 des Berggesetzes ungerechtfertigten weiteren Stilllegungen von Gruben entgegenzuwirken. Der Bergarbeitertag ist der Ansicht, daß auch die gesetzliche Festlegung eines Verhaltungsmaßstabes des Staates auf die noch nicht vertriebenen Mineralien beziehungsweise selber im allgemeinen Interesse liegt.

Der Delegiertentag wandte sich dann zu der Geseßsnovelle über die Bergarbeiterverhältnisse. Ueber die Frage der Schichtdauer und des Ueberschichtenwesens referierte Husemann (A. B.). Der Referent wies darauf hin, daß im Ruhrgebiet 9—10¹/₂ stündige Arbeitszeit bestehe und in den anderen

Bezirken sei es zum Theil noch schlimmer. Die Arbeitszeit müsse für ein ganzes Gebiet einheitlich geregelt werden. Der sanitäre Arbeitstag lasse allein die Temperaturgrade über die Länge der Arbeitszeit entscheiden. Der für die Gesundheit nachtheilige Einfluß beruhe aber 1. auf der überlangen Arbeitszeit, 2. auf den niedrigen Gehilgeverhältnissen, 3. auf der schweren andauernden Arbeit; auch werde die Gesundheit ungünstig beeinflusst durch Rässe, Kälte und Kohlenstaub. Der sanitäre Arbeitstag berücksichtige außerdem auch nur einen verhältnismäßig kleinen Theil der Steinkohlenbergarbeiter, während die große Mehrzahl der Braunkohlenbergarbeiter, sowie der Braunkohlen-, Erz- und Kalibergarbeiter garnicht berücksichtigt werde. Der Gesundheitszustand in den Erz- und Braunkohlenbergwerken sei noch ein schlechterer als in den Steinkohlenbergwerken mit hohen Temperaturen. Auch im Interesse des gesammten Bergbaues selbst sei es dringend geboten, die Arbeitszeit auf allen Gruben möglichst einheitlich zu gestalten. Die Bestimmungen der Novelle, daß die Arbeiter verpflichtet sein sollen, unter gewissen Bedingungen Ueber- und Nebenschichten zu verfahren, müsse unbedingt aus der Vorlage heraus. Von diesen Erwägungen ausgehend, stellte der Referent folgende Forderungen auf:

1. In allen Steinkohlen-, Erz- und Kalibergwerken tritt sofort nach Inkrafttreten des Geseßes, spätestens vom 1. October 1905 ab eine Höchstdauer der Schicht von 8¹/₂ Stunden in Kraft, vom 1. Januar 1907 8 Stunden.
2. In allen Braunkohlengruben tritt vom 1. October 1905 ab eine Höchstdauer der Schicht von 10 Stunden in Kraft, vom 1. Januar 1907 von 9 Stunden und vom 1. Januar 1910 von 8 Stunden.
3. Vor zu heißen Arbeitsorten und solchen, die mehr als 28 Grad Celsius Wärme aufweisen, ist die Arbeitszeit auf höchstens 6 Stunden zu beschränken.
4. Diese Schichtzeiten verstehen sich für alle Grubenarbeiter von Beginn der Einfahrt des einzelnen Mannes bis zu Beginn seiner Ausfahrt (Seilfahrt). Diejenigen Tagesarbeiter, welche an der Förderung theilhaftig sind, sind in obige Schichtzeit mit eingeschlossen. Für die anderen Tagesarbeiter sowie alle in Nebenbetrieben beschäftigten zehnstündige Arbeitszeit einschließlich einer zweistündigen Ruhepause.
5. Wo bereits eine kürzere Arbeitszeit besteht, darf dieselbe unter keinen Umständen verlängert werden.
6. Verbot aller Ueberschichten und Sonntagsarbeiten.

Es sind solche nur zur Rettung von Menschenleben, bei außerordentlichen Betriebsstörungen oder Schachtreparaturen zulässig.

(Der nachfolgende Theil wurde gestrichelt.)

Haben im Sommer wegen Mangel an Absatz Feierschichten eingelegt werden müssen, so kann die betreffende Zeche dieselbe im Winter wieder nachholen lassen. Mehr als zwei Schichten dürfen im Monat jedoch nicht nachgeholt und auch Doppelschichten dürfen dabei nicht gemacht werden.

Auch darf auf diejenigen Arbeiter, welche die durch Feierschichten ausgefallenen Schichten nicht nachholen wollen, keinerlei Zwang ausgeübt werden.

Die Diskussion hierüber war eine sehr umfassende; geklagt wurde in Uebereinstimmung mit dem Referenten, daß der sanitäre Arbeitsvertrag nur einen Theil der Grubenarbeiter besser stelle und die ungesunde Arbeit in den Schwefelgruben, die eine neunstündige Schicht hätten, bleibe unberührt, ebenso auch die zwölfstündige Schicht in den Schiefergruben. Der Referent verzichtete auf die letzten Sätze der Resolution betreffend die Ueberschichten. Hineingenommen wurden aber noch die Forderungen, daß an Sonn- und Feiertagen die Arbeit der Kokereiarbeiter in drei Schichten eingetheilt werde und im Uebrigen die Arbeiter nach

genommenen Verzögerungen des Buchvertriebes und über die bisherige Verwendung der Sammelgelder, von denen unter Anderem 3000 Mk. an die Siebener-Kommission abgegeben wurden. — Epitger-Essen hat sein Amt als auswärtiges Ausschussmitglied niedergelegt. — Bewilligt werden verschiedene kleinere Auslagen. — Zum Rassenbericht wird beschlossen, die Schlussverteilung der Sammelgelder in einer späteren Sitzung vorzunehmen. — Zur Teilnahme an dem Volkswirtschaftlichen Kursus der evang. Arbeitervereine haben sich 3 Mann gemeldet. Die Beschlussfassung wird vertagt — danach wird die ganze Tagesordnung um 12 Uhr Nachts bis zum nächsten Tage vertagt. —

Fortsetzung der Vorstandssitzung am 16. März, Abends 9 Uhr. Anwesend sind Heinen, Halstenberg, Willems und der Arbeitersekretär; entschuldigter fehlen Moritz und Gieseler. — Einige aus der gestrigen Sitzung entstandene Missverständnisse werden durch eine kurze Ansprache beseitigt. Es wird nochmals verhandelt über die Entsendung von 1 bis 2 Mann zu dem Volkswirtschaftlichen Kursus der evang. Arbeitervereine nach Frankfurt. Im Prinzip sind alle mit der Entsendung einverstanden, es wird nur die finanzielle Durchführbarkeit bezweifelt. Die Beschlussfassung wird vertagt, zwecks Einholung einiger Erkundigungen. — An der Konferenz des Gewerkevereins der Bergarbeiter wird der Vorstand durch einen Vertreter teilnehmen. — Beschlossen wird in Anbetracht des regen Interesses, welches für uns der Streik der Bergarbeiter hat, 2 Mann zu dem Bergarbeiter-Kongress in Berlin am 28. März zu entsenden. Beauftragt mit der Vertretung wird der Arbeitersekretär und Heinen. — Der Vorstand beschließt den bisherigen Vertrag mit der sozialen Kommission in Düsseldorf betreffs der Benutzung der Bureauämlichkeiten, zum 1. Juli zu kündigen. Als Referenten zum nächsten Delegiertenkongress werden bestimmt: Der Arbeitersekretär über Tätigkeitsbericht, Halstenberg: Rassenbericht, der Arbeitersekretär: die Gewerkevereine und die Politik, Gieseler über die Gewerkevereine und die wirtschaftlichen Bahnen, über allgemeine Anträge u. s. w. Ziegler und Meuthen. Einige Punkte werden noch bis zur nächsten Sitzung vertagt. Schluss der Sitzung um 12 Uhr. Gieseler, Willems, Schriftführer.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.)
Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2—10 1/2 Uhr im Verbandshause der Deutschen Gewerkevereine, N.O., Greifswalderstr. 221/223. Gäste stets willkommen. — **Sängerkorps der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.)**
Jeden Donnerstag, Ab. 9—11 Uhr Uebungsstunde im Verbandshause der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 1. April Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Meyer, Feltowerstr. 3. L.-D.: Generalratsprotokolle. Anträge zum Delegiertenkongress. Vorschläge zum Generalrat und Zentralrat. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter V.** Ab. 8 1/2 Uhr, Kottbuserstr. 4a.

L.-D.: Anträge, Delegiertenkongress. Wahl zum Mitglied des General- und Zentralrats. Werkstatt-Angelegenheiten. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VIII.** Ab. 8 1/2 Uhr im Verbandshaus. L.-D.: Anträge zum Delegiertenkongress. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Klavon. L.-D.: Vorschläge zum Generalrat, Generalratsforen und Zentralrat. — **Klempner und Metallarbeiter V.** Ab. 9 Uhr bei Hedwig, Rintenerstr. 72. — **Fabrik- und Handarbeiter I.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Kruschwitz, Tempelherrenstr. 20a. L.-D.: Vortrag. — **Stahl- (Textil-) Arbeiter.** Ab. 8 1/2 Uhr, Restaurant Rienz, Große Frankfurterstr. 133. L.-D.: Besprechung über die gestellten Anträge zur Generalversammlung. Besprechung wegen Verlegung des Lokals. Verschiedenes. — **Frauen und Mädchen III.** Donnerstag, 6. April, Ab. 8 1/2 Uhr bei Kranz, Dunderstr. 8. L.-D. das.

Halle a. S. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereine. Sonnabend, 1. April, Ab. 9 Uhr, im „Passage-Restaurant“ Diskussionsabend. — **Niedorf. Klempner u. Metallarbeiter.** Sonnabend, 8. April, Ab. 8 1/2 Uhr bei Gröpler, Bergstr. 147. — **Holzweihlig. Fabrik- und Handarbeiter.** Sonnabend, 8. April, Ab. 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. L.-D. das.

Orts- und Medizinalverbände.

Selkenkirchen (Ortsverband). Sonntag, 2. April, Vorm. 10 Uhr, Vertreterziehung bei Zürgens, Alter Markt. — **Dortmund (Ortsverband).** Sonntag, 2. April, Vorm. 10 Uhr, Ausschussziehung beim Wirtshaus Karl Behe, Brüderstr. 16. — **Mülheim a. Ruhr (Ortsverband).** Sonntag, 2. April, 11 Uhr im Drei Kaiser Saal, Charlottenstr. — **Sommerfeld. Schneider (Ortsverband).** Montag 3. April, im Vereinslokal „Germania“, Morgenstr. — **Kaubau (Ortsverband).** Sonnabend, 8. April, Monatsversammlung.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Berlin IV. (Maschinenbau- u. Metallarbeiter.) Paul Fimm, Sekretär, Berlin SW. 29, Roffenerstr. 32, vorn II. Et. — **Sera (Ortsverband.)** Pianomeister, Hoffmeyer, Uferstr. — **Duisburg (Frauen, neu.)** Frau Ottilie Schneider, Hoffmeyer, Heidestr. 65b; Fräulein Johanna Kemler, Schriftführerin, Hirtstr. 11; Fräulein Elise Busch, Kassiererin, Heidestr. 65b. — **Biberach a. d. Alb. (Frauen, neu.)** Frau Cullmus, Hoffmeyer, im Pfauen; Frau Gerster, Schriftführerin, im Pfauen; Fräulein Marie Sunf, Kassiererin, Seunhoffstr. 3.

Storbekannt.

Enslau. (Fabrik- und Handarbeiter.) 1. August Sanders, geb. 16. 4. 1828, gest. 8. 8. 1905 an Altersschwäche; ausgetraut in der Krankenkasse seit 5. 6. 1895. 2. Hermann Baubach, geb. 21. 12. 1859, gest. 20. 8. 1905 an Lungenlähmung; ausgetraut in der Krankenkasse seit 17. 3. 1905.

Anzeigen=Zheil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Bekanntmachung

der Kranken-Zuschussklasse des Gewerkevereins der Deutschen Frauen zu Berlin.

(Eingeführte Hilfskasse Nr. 143.)

Gemäß § 48 der Satzungen berufen die unterzeichneten, mit der Geschäftsleitung vorläufig betrauten Personen die erste Generalversammlung zum 25. April (dritten Osterfeiertag) d. J., Abends 8 Uhr, im

Verbandshause, Berlin, Greifswalderstr. 221/23

ein. Die erste Generalversammlung besteht aus sämtlichen stimmfähigen Mitgliedern. Die Tagesordnung lautet:

- 1. Wahl des Hauptvorstandes, des Ausschusses und der Ersatzpersonen;
- 2. Beschlussfassung über die Amtsdauer;
- 3. Festsetzung des Zeitpunktes der ersten ordentlichen Generalversammlung;
- 4. die Errichtung der Verwaltungsstellen;
- 5. Beschlussfassung über den Termin der ersten Abgeordnetenwahl;
- 6. Erlaß einer Geschäfts- und Rassenordnung;
- 7. Festsetzung der Gehälter und Entschädigungen.

Berlin, 25. März 1905.

Die mit der Geschäftsleitung betrauten Personen:

Frau Luise Madel, Fräulein Kurtze, Frau Bertha Schoepf.

Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine.

Sonnabend, 6. Mai, Abds. 8 1/2 Uhr

im großen Saal

des Verbandshauses der Deutschen Gewerkevereine Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23,

Schiller-Feier.

Die Festrede hat Herr Stadtschulrath Serftenberg gütigst übernommen. Das Programm wird noch bekannt gemacht.

Eintrittspreis einschließlich Garderobe 30 Pf.

Wir laden hierzu unsere Verbandsgenossen und ihre werthen Familien und Freunde ein und bitten um zahlreichen Besuch.

Das Bureau des Zentralrats.

Sonntag, 23. April 1905 (1. Osterfeiertag)

Große Matinee

in den Prachträumen des Verbandshauses Greifswalder Straße 221/23

veranstaltet vom

Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.)

zum Besten des

Zentral-Arbeitsnachweises

der Berliner Ortsvereine.

Die Chorgesänge werden von der Gesangs-Abteilung des „Vereins der Deutschen Kaufleute“ vorgetragen.

Anfang pünktlich Mittags 12 Uhr.

Entree 20 Pf.

Zu recht zahlreicher Beteiligung ladet hierdurch ein

Das Bureau des Zentralrats.



Vereins-Abzeichen

empfiehlt **Wilhelm Kistermann,** Stuttgart, Tübingerstr. 109.

Härstenwalde (Ortsverband). Berpflegungsarten sind bei jedem Ortsvereinskassier zu haben.

Die Arbeiterberufsvereine und die Parteipolitik.

Der Leitartikel aus Nr. 5 des „Gewerkevereins“ ist als Broschüre erschienen, die auf Wunsch in jeder Anzahl für die Agitation gratis zur Verfügung steht. Das Verbandsbureau, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Arbeits-, Lohn- und Organisationsverhältnisse der Deutschen Gewerksvereine in Württemberg.

An unsere 54 Ortsvereine in Württemberg habe ich Fragebogen geschickt, um die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse festzustellen. Neun haben keine Antwort gegeben. Das ist sehr bedauerlich. Man macht doch diese Arbeit nicht zum Zeitvertreib, sondern im Interesse unserer guten gemeinsamen Sache. Die fehlenden Vereine gehören zu denen, die nicht gerne etwas thun und es schon für eine Beschwerde halten, wenn sie einmal einen Brief bekommen, um wie viel mehr, wenn sie ihn nun gar noch beantworten sollen. Abwärts von Stuttgart sind die Vereine sehr zurückhaltend, eine rühmliche Ausnahme macht hier nur Neckarfulm. Im Oberland hingegen herrscht ein Gewerksvereinsleben, das einen mit wahrer Freude erfüllt; wenn man zum Beispiel die Berichte aus Ulm und Biberach erhält, so freut man sich über den Eifer, mit welchem sich die dortigen Kollegen der Agitationsarbeit hingeben. Durch Werkstattversammlungen, öffentliche Vorträge und Mitgliederversammlungen werden die Kollegen geschult und für die Agitation von Mund zu Mund ausgebildet. Auch das Vertrauensmännersystem wird gut gepflegt. Wo so gearbeitet wird, da wachsen die bestehenden Vereine. Wenn nicht einzelne Vereine, wie z. B. Vaupheim, sich vollständig passiv verhalten würden, dann hätten wir von Stuttgart auswärts eine Kette froher, schaffensfreudiger Vereine.

Die in dem Fragebogen aufgestellte Frage nach der Agitation wurde vielfach beantwortet mit „von Mund zu Mund“. Wenn man diesen Kollegen aber mal auf den Zahn fühlen und sie fragen wollte, ist es auch wirklich so, habt ihr nie eine Gelegenheit vorübergehen lassen, die Gewerksvereinsideen zu verbreiten, würden sie dann noch mit gutem Gewissen ja sagen können? Vergißt der betreffende Auschuß wirklich nie seine Pflicht, immer wieder zu drängen und darauf zu drücken, daß jeder Gewerksvereiner ein Agitator ist?

Wohl sind wir auch in Württemberg gewachsen. Wir zählen zur Zeit 54 Ortsvereine mit 2187 Mitgliedern. Diese 54 Vereine haben im Ganzen im vorigen Jahre 26 388,36 M. an Unterstützungen gehabt. Das ist eine erhebliche Summe, die Solidarität und Genossenschaftssinn aufgebracht haben. Aber alle unsere Mitglieder müssen sich der Thatsache erinnern, daß man aus den Kassen nur nehmen kann, wenn man vorher seinen Beitrag hinein gethan hat. Dies müssen besonders auch die bisher noch unorganisirten Arbeiter erfahren, die gerne eine Hilfe in Anspruch nehmen, wenn sie in Noth gerathen und der Hilfe bedürftig sind, vorher aber sich um keine Organisation kümmern mögen. Die Indifferenten müssen aufgeklärt werden, damit sie mitarbeiten an der Ausbreitung unserer Organisation.

Die neue Zeit stellt größere Ansprüche an die Organisation. Da sind Beitragserhöhungen nicht zu vermeiden, ja, sie sind notwendig, um die Interessen der Arbeiter energischer fördern und bessere Verhältnisse erkämpfen zu können. Das müssen insbesondere unsere Kollegen vom Schwarzwald erkennen, die sich durch eine kleine Beitragserhöhung haben einschüchtern lassen. Wir wollen treue und überzeugte Gewerksvereiner sein. Da müssen wir auch opferfreudig sein können.

Von größeren Lohnbewegungen blieben wir verschont. Nur bei dem Metallarbeiterstreik in Cannstatt waren wir mit einigen Mann beteiligt. Wir unterstützen hier die Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit an Sonnabenden und den Tagen vor Fest- und Feiertagen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften sind Verhandlungen eingeleitet, die aber noch nicht abgeschlossen werden konnten. Unser Ortsverein der Tischler in Ulm und der Holzarbeiterverband erreichten gemeinsam 6 pCt. Lohnerböhung. Unsere Kollegen in Heilbronn erreichten im Salzwerk 10 pCt. Lohnzuschlag. Die Gewerbegerichtswohlen in Ulm, Biberach, Geislingen und Schramberg waren für uns von Erfolg. Wir sind in diesen 4 Orten mit im Ganzen 8 Beisitzern vertreten. Ferner haben wir 6 Vertreter in den unteren Verwaltungsstellen für Arbeiterversicherung, 3 unserer Genossen sitzen in Gemeindevertretungen und 5 in Bürgerausschüssen. In Geislingen, Schramberg und Ulm sind unsere Vereine bei Genossenschaften verschiedener Art beteiligt. Ortsverband Biberach bemühte sich um die Abschaffung des kommunalen Volksschulgeldes. Der Ortsverband Ulm führte einen erfolgreichen Kampf gegen die Steigerung des Milchpreises. Ulm unterhielt einen Buchführungskursus, Cannstatt einen Diskutierklub. Mehrere Vorträge fanden in allen Vereinen statt. Die meisten Vereine haben Bibliotheken, die fleißig benutzt werden. Wo der Ausschuß rege, fleißig und energisch ist, da blüht auch ein frisches Vereinsleben. Diejenigen Ortsvereine, die auf dem Fragebogen Vermerke machten, wie: „Schlecht besuchte Versammlungen“, „wenig Vereinsinteresse“, oder gar „Theilnahmslosigkeit der Mitglieder gegen alle Vereinsbestrebungen“, hätten alle Ursache, ernstlich und gewissenhaft zu prüfen, an wem die Schuld für die geringere Summe liegt.

Kollegen! Ihr habt wirklich Ursache, jeder auf seinem Posten wach zu sein, um gegebenenfalls gerüstet in den Kampf treten zu können. Es ist gegenüber den Aufseindungen der Gegner oder den Uebergriffen der Unternehmer, oder aber zur Hebung eurer Arbeiterlage. Diese Kämpfe sind auch in unserem Württemberg notwendig, namentlich auf dem Gebiete der Löhne. Es verdient ein Erwachsener von 2,20—4,50 M. im Taglohn, in Afford von

3—5 M. Jugendliche im Lohn von 1,20—1,80 M. in Afford von 1,50—2 M. Erwachsene Arbeiterinnen: 80 Pfg. bis 1,50 M. im Lohn, 1,20—2,20 M. in Afford. Herrliche Löhne, nicht wahr?? Wohnungsmieten kosten 200—350 M. für 2 Zimmer und Küche; die Lebensmittelpreise sind horrend. Wahrlich, da gilt's mehr als je sich aufzuraffen und einzutreten für die Berufsorganisation der Deutschen Gewerksvereine. Kollegen, die Ihr noch halbwegs anständige Lebensverhältnisse habt, bedenkt, daß dies über Nacht anders werden kann. „Großstadtpreise“ heißt es jetzt schon bei der Beantwortung der Frage nach den Lebensmittelpreisen und Wohnungsmieten, und „Alles sehr theuer“ bildet die stehende Rubrik. Dagegen finden wir „Löhne gleich geblieben“, oder „minimal“, oder „in keinem Verhältniß zu den Ausgaben“ oder gar „fallend“. Alle diese Antworten mahnen mit zwingender Deutlichkeit: Hinein in die Deutschen Gewerksvereine! Kollegen, wenn Ihr aus dieser Statistik die Lehre zieht und danach handelt, dann war die Arbeit nicht umsonst. Cannstatt.

G. Kappeler.

Das neue Berggesetz im Abgeordnetenhaus.

Rede des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch am 27. März 05.

Dr. Hirsch (Berlin), Abgeordneter: Meine Herren, von dem Herrn Reichsanwalt ab haben die Herren Vorredner sich vorwiegend nicht mit den beiden Gesetzentwürfen beschäftigt, sondern mit der Vorgeschichte derselben in der großen Arbeitseinstellung dieses Winters. Ich bin nicht der Ansicht, daß es wünschenswerth und nothwendig ist, darauf ganz ausführlich einzugehen, obgleich ja die Dinge in Zusammenhang stehen, und manches Interessante sich darüber sagen läßt. Meine Herren, wenn die Ansprüche darin gipfeln, daß das Gesetz in dem jetzigen Entwurfe ein unzeitgemäßes, überleitetes, ein Verlegenheitsgesetz sei, daß es vor allen Dingen ein verfrühter Entwurf sei, so begreife ich das. Die gesetzliche Regelung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterrechte im Bergbau kommt einem Theil der Herren Kollegen überhaupt zu früh, sie wünschen eine Ausdehnung, einen Ausbau dieser Gesetzgebung in keiner Weise; und wenn sie zu einer anderen Zeit gekommen wäre, wie es thatsächlich früher beabsichtigt war — ich erinnere an die Novelle bezüglich der Knappschaftskassen —, so hat man ja andere Gründe gefunden, um die Einbringung des Gesetzentwurfs als zu früh, als bringend vertagbar hinzustellen. Meine Herren, für uns kommt dieser Gesetzentwurf bei Weitem nicht zu früh, sondern entschieden zu spät. (Sehr richtig! links) Wir glauben, daß die königliche Staatsregierung eine große Versäumnis damit nachholt, wenn sie jetzt den Gesetzentwurf eingebracht hat, daß sie mit demselben Grunde der Dringlichkeit, des sachlichen und des subjektiven Bedürfnisses einer halben Million von Bergarbeitern schon vor Jahren in die Aenderungen des Berggesetzes bezüglich des Tit. 3 und des Tit. 7 hätte eintreten müssen.

Meine Herren, wir haben uns von dieser Seite des Hauses sowie von Seiten des Centrums nicht abhalten lassen, schon seit vielen Jahren die Dringlichkeit der Einbringung von Reformen bezüglich des Berggesetzes zu betonen und die königliche Staatsregierung aufzufordern, zur Abwendung schwerer Unheils und bedauerlicher Zustände, die in weitem Umfange stattgefunden, uns alsbald einen solchen Gesetzentwurf einzubringen. Es hat nicht gefruchtet; und, meine Herren, es ist eine ziemlich verbreitete Ansicht besonders unter den Arbeitern, daß bei diesem Jögern eine gewisse Bangigkeit vor der Haltung der Großarbeitgeber eine Rolle gespielt hat. Wir wissen aus bestimmten Äußerungen der Herren Minister, daß man lange Jahre über die verschiedenen Punkte mit den Herren Grubenbesitzern unterhandelt hat, deren Macht sich ja immer mehr konzentriert hat, und daß man zu dem Resultat gekommen ist: es ist zu schwer, zur Einigkeit zu kommen, wir wollen das lieber noch verschieben. Das bedauern wir, wie es Hunderttausende von Arbeitern bedauert haben, und wir begrüßen es mit Freude und Genugthuung, daß jetzt endlich der große Ausstand dazu geführt hat, daß mit der Sache Ernst gemacht wird. (Sehr richtig! links.)

Mag dabei diese oder jene Erwägung weniger berücksichtigt worden sein, als es von anderen Seiten gewünscht wird — das kann nicht maßgebend sein; denn, meine Herren, wir wissen, daß man sich, wie schon vom Ministerialausschuß aus gesagt worden ist, seit Jahrzehnten eingehend mit dieser Gesetzgebung beschäftigt, daß das keine plötzlich hervorgerufenen Dinge sind, sondern daß man in wohl überlegter Weise über jeden einzelnen Punkt sich unterrichtet und berathen hat und jetzt endlich zu einem Resultat gekommen ist — nachdem eine längere Zeit seit dem Ausstand verstrichen ist, als die Arbeiter es eigentlich erwarteten —; nicht zu früh, sage ich, sondern erstebenden zu spät ist das Gesetz an uns herangeritten.

Nun, meine Herren, hat man versucht — und der letzte Herr Redner hat ja darauf etwas Bezug genommen —, in den Resultaten der ministeriellen Untersuchungskommissionen ein Motiv zu finden, um das Bedürfnis dieses Gesetzes in Frage zu stellen und zu verneinen. Meine Herren, die Resultate dieser, wie ich glaube, etwas eifertig eingeleiteten Untersuchungskommissionen sind durchaus nicht feststehende; sie jetzt ist nur die schwache Minderheit der Herren untersucht worden; die große Mehrheit steht noch aus. Wer will aber selbst in Bezug auf die Minderheit sagen, daß die Resultate, die uns vorgelegt worden sind, die reine und volle Wahrheit enthalten? Es sind Aussagen in subjektiver Weise referirt und zu Ergebnissen formulirt worden. Ob die betreffenden Männer, die im Uebrigen sehr verdient und tüchtig sein mögen, wirklich so unparteiisch und objektiv waren, um aus der Vernehmung von mitunter 20 bis 30 Personen das richtige Resultat für eine ganze Reihe von 2000 bis 3000 Personen zu finden, lasse ich dahingestellt. Unter den Arbeitern selbst ist der Eindruck, daß die Untersuchungen keineswegs gerichtlichen oder öffentlichen Kontraktforschungen gleichzustellen sind, sondern vielmehr untauglich sind, ein zuverlässiges Resultat darauf zu begründen. Ich könnte das bis ins Einzelne verfolgen, es würde aber zu weit führen.

Dieser Untersuchungen hätte es für den Gesetzentwurf, der uns jetzt beschäftigt, aber gar nicht bedurft. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Die Uebelstände, die Mißbräuche, die Ungerechtigkeiten, die hätten, die in den weitesten Kreisen der Bergarbeiter vorgekommen sind, sind hier im Abgeordnetenhaus

beendeter Schicht nicht zu Nebenarbeiten, Holzaustragen u. s. w. verpflichtet werden dürfen. Der Bergarbeiteritag hält die Durchführung eines Minimalarbeitstages an Stelle des im Entwurf vorgeschlagenen sanitären Arbeitstages für dringend geboten und stimmte sodann der abgeänderten Resolution einmützig zu.

(Schluß folgt.)

Dr. E. E. Die badische Fabrikeninspektion für 1904. II.

Zu 2951 Betrieben (gegen 2822 im Vorjahre) waren im Ganzen 63810 Arbeiterinnen (gegen 59335 im Jahre 1903) beschäftigt. Das sind 31,3 pCt. (30,6) der Gesamtarbeiterzahl. Die größte Gruppe von Arbeiterinnen befindet sich wie immer in der Cigarrenindustrie. Sie beträgt 23847 (gegen 23220 im Vorjahre) oder 37,4 (39,1) pCt. Hierauf folgt die Textilindustrie mit 17243 (16983) oder 27,0 (28,56) pCt. Beide Industriezweige zusammen beschäftigen demnach 64,4 (67,66) pCt aller im Großherzogthum überhaupt industriell thätigen weiblichen Arbeiter.

Im Unterland wurden beim Besuch hausindustriell thätiger Cigarrenarbeiter Familien gefunden, in welchen die Mutter und die erwachsenen Töchter Fabrikarbeit leisteten, während der Vater von seinem häuslichen Arbeitsplatz aus zahlreiche jüngere Kinder bis zum zartesten Alter beaufsichtigte und daneben auf das im Kochofen brodelnde Mittagessen Acht gab.

In einer Gemeinde des Oberlandes, welche durch ihre hohe Kindersterblichkeit auffällt, sind ähnliche Zustände beobachtet worden. Der Bezirksarzt schreibt dem Umstande, daß die Fabrikarbeit die Frauen ihrer natürlichen Aufgabe, die Kinder selbst zu nähren, entziehe, die große Kindersterblichkeit zu.

Im verflossenen Jahre kam eine Reihe grober Verfehlungen gegen die Bestimmungen des § 137, Abs. 1-3 der Gewerbeordnung, zur Kenntniß der Fabrikeninspektion. So wurden in einem großen Eisenwerk erhebliche Ueberschreitungen der gesetzlichen Vorschriften betr. die Ueberarbeit festgestellt. Es kamen dort vierzehnstündige, in Einzelfällen sogar sechzehn- bis siebzehnstündige Arbeitsschichten vor, welche auch auf Sonnabende gelegt wurden. Hierzu bemerkt der Bericht, daß diese Nichtachtung der gesetzlichen Vorschriften so lange Zeit hindurch unbemerkt fortgesetzt werden konnte, sei nur dadurch erklärlich, daß der Betrieb auf dem Lande in einer stark industriellen Gegend gelegen ist, wo die Arbeiter über die ihnen zustehenden Rechte wenig aufgeklärt und auch sonst zu abhängig von dem Betriebe sind, um ihre Rechte zu wahren. Wie wurde diese Gesetzesübertretung geahndet? Die drei Werkmeister erhielten insgesamt eine Strafe von Mk. 190, während die Direktion in zwei Instanzen freigesprochen wurde. Deshalb ist auch wohl von der Fabrikeninspektion dieses Erkenntniß durch das Rechtsmittel der Revision angefochten worden. Die Entscheidung steht aber noch aus.

Auch ist bemerkt worden, daß in den Puzateliers mit offenen Verkaufsstellen sich für die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen daraus Schwierigkeiten ergeben, daß eine scharfe Grenze zwischen Puzarbeiterinnen und Ladnerinnen nicht immer bestehe, daß erstere vielmehr nach allgemeiner Uebung, besonders in kleineren Geschäften mit geringer Personenzahl, beim Verkaufe mitthätig sind. Da aber diese Art der Thätigkeit nach der Rechtsprechung auch an den Sonntagen innerhalb der für die Geschäftsgehilfinnen gültigen Grenzen statthaft ist, sei ein Einschreiten ohne Aussicht auf Erfolg. Aber auch aus wirtschaftlichen und technischen Gründen sei es schwierig, eine scharfe Unterscheidung zwischen diesen beiden Kategorien von Arbeiterinnen zu treffen, da die Puzarbeiterinnen in Bezug auf die Anstellungsbedingungen — monatliche Kündigungsfrist und Entlohnung — den Ladnerinnen gleichgestellt seien und in kleineren Geschäften ihre ununterbrochene Beschäftigung während des ganzen Jahres von ihrer Mitarbeit im Laden abhängen.

Die Zahl der für die 360 Betriebe bewilligten Ueberstunden erwachsener Arbeiterinnen belief sich auf 332 041 (gegen 282 041 im Vorjahre). Davon entfallen 175 135 auf die Metallverarbeitung und 102 515 auf die Textilindustrie.

Die Arbeitsräume der Konfektionsbetriebe wurden im verflossenen Jahre zum ersten Male einer eingehenden Revision unterzogen. Diese gaben vielfach zu Beanstandungen Anlaß. So wurden überfüllte Räume vorgefunden, in denen für die einzelne Arbeiterin nur 5-6, ja bis herunter zu 3,5 cbm Luftraum zur Verfügung standen, während für eine Arbeiterin ein Luftraum von mindestens 10 cbm vorgeschrieben ist, zuweilen war daneben auch mangelhafte Beleuchtung oder Luftzuführung zu beanstanden.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen mußte in Ziegeleien mehrfach bemängelt werden. Ihre Verwendung zum Transport beladener Schubkarren über die raue Oberfläche der Ringelien konnte auf Grund positiver gesetzlicher Vorschriften untersagt werden. In einer Ziegelei wurden Arbeiterinnen beim Sortiren fertiger Ziegel bei glühendem Sonnenbrand unter freiem Himmel gefunden. Selbstredend wurde die Errichtung einer Schutzütte zur Auflage gemacht.

Eine merkwürdige und eigenartige Aufsicht über die Aufgaben

der Fabrikeninspektion scheint der Leiter einer großen Seidenzwirnerei zu haben. Er ersuchte nämlich die Beamtin, keine Gespräche mit den Arbeiterinnen zu führen, sondern sich hinsichtlich der Auskunftserteilung lediglich an ihn zu wenden. Mit Recht wurde dieses Ansuchen abgelehnt und dabei treffend bemerkt, daß gerade in der Anbahnung eines persönlichen Verkehrs mit den Arbeiterinnen, in ihrer Zuziehung bei Erörterung aller die Arbeit betreffenden Verhältnisse, in dem Eingehen auf Fragen persönlicher Natur wie Lebenshaltung, Art der Ausbildung, Kindererziehung u. s. w. ein wichtiges Thätigkeitsgebiet der Beamtin zu erblicken sein wird.

Was nun die Arbeitszeit der Arbeiter betrifft, so wird festgestellt, daß gegenüber dem Vorjahre wesentliche Verschiebungen nicht eingetreten sind. Es sei aber eine — glücklicherweise vereinzelte — Erscheinung, daß in einem ganzen Industriezweig den Arbeitern selbst in erster Linie die Schuld zugeschrieben sei, wenn die Verkürzung der Arbeitszeit keinen Fortschritt gemacht habe. In der Cigarrenindustrie sei auch jetzt wieder festzustellen, daß die Arbeiter nach vorübergehenden Reduktionen der Arbeitszeit zu der altgewohnten Arbeitsweise zurückkehren wollen, obwohl die Arbeitgeber häufig geneigt seien, eine verkürzte, neun- bis neuneneinhalbstündige Arbeitszeit beizubehalten.

Zu widerhandlungen gegen § 115 der Gewerbeordnung, (Kreditoren von Speisen und Getränken zu einem die Anschaffungskosten der Waaren überschreitenden Betrag) sei noch immer ein sehr verbreitetes Uebel. Es sei kaum glaublich, welche Mittel und Wege gefunden werden, um den bewußt geschwägigen Handel vor dem kontrollierenden Beamten zu verbergen. Das Rechtsbewußtsein breiter Schichten könne sich nicht zu der Anschauung durchdringen, daß in dem Kreditgewähren für konsumirte Speisen und Getränke und in dem Abzug der kreditirten Beträge vom Lohn etwas Strafbares liegen sollte, sofern nur nicht die im öffentlichen Verkehr üblichen Preise überschritten werden. Es werde vielfach verkannt, daß, abgesehen davon, daß dies Kreditiren zum Schuldenmachen verführe, sich dadurch die Arbeiter häufig in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Unternehmer begeben, welches sich mit einer fortgeschritteneren Anschaffungsweise kaum verträge.

Einen beständigen Anstoß zu Klagen gäbe den Arbeitern das Verhalten von Meistern bei Lohnfragen. Wo den Meistern hinsichtlich der Bildung der Löhne seitens der Unternehmer ein sehr weitgehendes Mitbestimmungsrecht übertragen sei, trete das von ihrem Standpunkt erklärliche Bestreben zu Tage, zur Festigung ihrer Stellung sich den Arbeitgebern dadurch als besonders brauchbar zu erweisen, daß sie die Produktionskosten durch möglichst tiefes Herabsetzen der Löhne zu drücken suchen. Mancher Streit sei nur durch ein rigoroses Vorgehen von Meistern veranlaßt worden und habe für beide Theile wirtschaftliche Nachteile schwerwiegender Art gebracht, die leicht hätten vermieden werden können, wenn den Arbeitern rechtzeitig bei der Lohnbildung ein Wort zugestanden worden wäre. Da für die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens eine solche einseitige Lohnherabsetzung nicht die Bedeutung zukomme, daß dadurch der soziale Friede zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gefährdet werden könnte, so seien die Arbeitgeber nicht genug davor zu warnen, ihre Meister mit Machtbefugnissen auszustatten, welche deren Bildung, Fähigkeiten und Verständnis für die wahren Interessen ihrer Arbeitgeber nicht entsprechen. Offenlich finden diese, von wahren sozialen Verständnis getragenen Worte auch ein lautes Echo, an den Stellen, wohin sie gerichtet sind!

Eine eingehende Betrachtung wird dann den Arbeitsordnungen gewidmet. Wie oft die zur Prüfung vorgelegten Arbeitsordnungen eher eine Art Strafgesetz als einen Vertrag repräsentiren, werden folgende Stichproben aus einer Vorlage mitgetheilt: „Reklamationen gegen die Verrechnung sind noch vor der Auszahlung oder sofort beim Auszahlen des Lohnes anzubringen, spätere Reklamationen bleiben unberücksichtigt.“ „Einem jeden Stüdarbeiter wird ein Minimalverdienst vorgeschrieben; erreicht er denselben in Folge Trägheit oder unentschuldigtem Wegbleibens nicht, so zahlt er 50 Pfg. Strafe, im Wiederholungsfall das Doppelte.“ „Für zerbrochene Fenstercheiben, verlorene Thürschlüssel haftet jederzeit die Arbeiterschaft des betreffenden Raumes, falls der Schuldige unermittelt bleibt.“

Mitunter finden sich neben den Arbeitsordnungen besondere Verträge, durch welche die Bestimmungen der ersteren, insbesondere hinsichtlich der Kündigungsfrist aufgehoben werden. Soweit Bestimmungen solcher Verträge mit dem Gesetz nicht in Einklang stehen, werden sie auf Veranlassung der Fabrikeninspektion ausgeschrieben.

So schloß eine Röhrenfabrik mit den Arbeiterinnen einen die Kündigungsfrist der Arbeitsordnung aufhebenden Arbeitsvertrag für sechsmonatliche Geltungsdauer ab, und behielt während des ersten halben Jahres an jedem Jahrtage eine Mark, insgesammt die Summe von 18 Mk. ein, welche verwirkt sein sollte, wenn die Arbeiterin vor Ablauf des halben Jahres den Betrieb verlässe. Da der durchschnittliche Wochenverdienst von höchstens 8,40 Mk. erheblich überschritten war, war diese Abmachung im Vorjahre schon für ungültig erklärt worden. Nachdem die Firma den Vertrag trotzdem beibehalten hatte, wurde im Wege polizeilicher Verfügung die Weiterführung unter Strafandrohung untersagt.

wiederholt von verschiedenen Parteien scharf hervorgehoben worden, und die Aussprüche der Bergarbeiter selbst in ihren Versammlungen, in ihren Blättern u. s. w. lassen keinen Zweifel darüber, daß eine Unzufriedenheit im höchsten Grade besteht, und daß es dringend nötig ist, sie zu bannen. Ob nun in den einzelnen Untersuchungskommissionen diese oder jene Schäden mehr oder weniger hervorgetreten sind, ist vollständig nebensächlich; denn wir haben es nicht mit einem radikalen Reformgesetz zu thun, sondern mit einem Abhilfegesetz, das dringend notwendig ist, und dessen Prüfung noch allgemeinen Gesichtspunkten stattzufinden hat. Es handelt sich hier in der That um die einfachsten Forderungen einer gesunden Sozialpolitik, (sehr richtig! bei den Preisstimmigen) die in dem Gesetz niedergelegt sind, die aber, wie ich bald nachzuweisen die Ehre haben werden, keineswegs vollständig erfüllt sind, sondern die man nur halb zu lösen unternommen hat.

Meine Herren, von Seiten der Grubenbesitzer und ihrer Parteigänger, ja theilweise auch von dem Herrn Vorredner ist geltend gemacht worden, daß schwerwiegende Bedenken über die Folgen der Gesetzesänderungen existieren. In den Organen und den Publikationen der Grubenbesitzer, in welchen besonders Herr Bergmeister Engel sich als Stimmführer hervorgethan hat — durch die außerordentliche Menge des Erzeugten ist er ja vorbildlich gewesen — ist in erster Linie den Konsumenten schwere Sorge erregt worden in Bezug auf die Kohlenvertheuerung, welche die Folge dieses Gesetzeswurfes sein müßte. Meine Herren, es macht einen eigenthümlichen Eindruck, wenn die Ritter des Standes, dessen ganze Existenz darauf beruht, eine Preiserhöhung der Kohlen im Inlande herbeizuführen, und die davon, wenn auch nicht übermäßig, so doch ganz erheblichen Gebrauch gemacht haben, vor das Publikum treten und ihm bange machen wollen vor den kleinen Verbesserungen der Lage der Arbeiter, weil dadurch die Preise der Kohlen und damit die Produktionskosten der Industrie vertheuert werden würden. Meine Herren, man traut wohl den Herren kaum diese garte Sorge um die Industrie zu, wenn man ihre ganze sonstige Stellung zu den Kohlenpreisen für die inländischen Verbraucher in Betracht zieht!

Meine Herren, ebenso hinsichtlich ist es mit dem ewigen Hinstielen und Hinweisen auf das rothe Gespenst. Wenn wir glauben, daß die Zeit vorüber wäre, wo man uns immer mit dem rothen Gespenst bange machen wollte, so irren wir; denn die ganze Bergeseznovelle wird jetzt dazu ausgebeutet, uns vor der Sozialdemokratie zu warnen. So ist ausdrücklich angeführt worden, wie vorhin schon erwähnt, daß das Verhalten der königlichen Staatsregierung in dem Streife wesentlich zu Gunsten der Sozialdemokratie stattgefunden habe. Darauf hat der Herr Ministerpräsident in den eindringlichen Schlussworten seiner Rede die vollkommen zutreffende Antwort gegeben, daß nicht zu Gunsten, sondern zum entschiedenen Nachtheil der Sozialdemokratie dieser Gesetzeswurf ausfallen wird.

Meine Herren, wenn nun gemeint wird, daß sobald man durch Arbeiterausschüsse und Anderes den Arbeitern das Recht der Vereinigung gewährt, dieses Vorgehen allein und vorzugsweise der Sozialdemokratie zu Gunsten kommen würde, so beweist das die vollkommenen Unkenntnisse der tatsächlichen Verhältnisse. Weiß man denn noch nicht, wie vorhin ausdrücklich vom Ministerpräsident hervorgehoben worden ist, daß die Sozialdemokratie keineswegs allein — wahrscheinlich nur zur Hälfte — augenblicklich die Ohren der Bergarbeiter für sich gewonnen hat, daß andere Richtungen, die auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaft stehen und daran mit aller Kraft festhalten, die andere Hälfte der Bergarbeiter bilden? Meine Herren, wenn etwa der Gedanke obwalten sollte: ja, aber den Sozialdemokraten gehört die Zukunft der Arbeiterbewegung —, so erkläre ich, der ich einigermaßen die Sache zu kennen glaube, daß die intellektuelle Führung der Arbeiterbewegung in den Ideen und Einrichtungen thatsächlich nicht bei der Sozialdemokratie, sondern bei den Hirsch-Dunder'schen und christlichen Gewerksvereinen liegt, daß die Entwicklung seit einer Reihe von Jahren in diesem Sinne fortgeschritten ist, daß die Richtung der Selbsthilfe, der Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Tarifgemeinschaften die entscheidende Mehrheit zumal in der Berufsvereinsbewegung erlangt hat.

Meine Herren, wer daran zweifelt, der möge so freundlich sein, das Buch des Fräulein Fanny Zule — eine Dame hat sich das große Verdienst erworben, diese Dinge rein thatsächlich zusammenzustellen — durchzulesen; er wird finden, daß nicht allein, wie allbekannt, im Buchdruck, sondern weitestens in einem Duzend großer Betriebszweige die Tarifgemeinschaften und Tarifverträge schon zu Hunderten und aber Hunderten bestehen und sich auf's Vorzüglichste bewähren.

Wenn j. B. Herr Abgeordneter Helisch zugegen wäre, der doch sonst kein so großer Freund solcher Einrichtungen ist, würde er bekunden müssen, daß gerade in seinem Baugewerbe und in allen verwandten Betrieben die Einigungsämter eine sehr große und sehr bewährte Rolle spielen. (Sehr richtig! bei den Preisstimmigen.)

(Schluß folgt.)

Aufruf.

Werthe Verbandsgenossen!

Die Ortsvereine der Schuhmacher und Lederarbeiter von Weisensfeld und Langendorf sind seit Anfang dieses Jahres in einer Lohn-Tarifsbewegung und stehen seit Mitte Februar unter Innehaltung der Rändigungsfrist, damit uns nicht der Vorwurf des Kontraktbruchs gemacht werden könnte, im Auslande. Alle Versuche, eine gütliche Einigung herbeizuführen, sind an dem Starrsinn der Fabrikanten gescheitert. Jede Verhandlung haben sie abgelehnt. Gleich zu Anfang des Ausstandes wurde das Gewerbegericht als Einigungsamt von den Arbeitern angerufen, wiederholt hat auch der Gewerbe-Inspektor Collin-Merzberg seine Vermittelung angeboten, selbst der Wunsch eines bekannten Reichstagsabgeordneten, der in dieser Angelegenheit eine Unterredung mit den Fabrikanten hatte

nachsuchen lassen, wurde abgewiesen. Die Arbeiter sollen bedingungslos die Arbeit aufnehmen. Können wir das, wo es sich um eines der ersten Gewerkeprinzipien handelt? Ihr selbst werdet sagen nein und abermals nein! Die bedingungslose Aufnahme der Arbeit würde aber auch unseren Ortsverein mit seinen 900 Mitgliedern, also den größten unseres Gewerkes der Schuhmacher und Lederarbeiter, schwer schädigen.

Das kann, das darf nicht sein!

Noch stehen die Arbeiter ungebeugten Muthes in dem schweren Kampf, nur sehr wenige sind untreu geworden, und die Hoffnung, diesen schweren Kampf für uns zu einem guten Ende zu führen, steigert sich von Tag zu Tag.

Nun werthe Gewerkekollegen! Wir richten an Euch alle die herzlichste Bitte, uns in diesem Kampf zu unterstützen und in Vereinen und den Kreisen von Freunden Sammlungen zu veranstalten; damit die Ausständigen lange genug unterstützt werden können. Kollegen! Wir richten an Euch nochmals die Bitte, unterstützt uns, Weisensfeld wird sich dankbar zeigen!

Alle Gelder sind an unsern Hauptkassierer L. Sehl, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223, zu senden.

Mit Gewerkevereinsgruß:

- A. König, Vorsitzender.
- J. Koch, Kassirer.
- R. Meyer, Schriftführer.

Wochenchau.

Berlin, 4. April 1905.

Die Bergeseznovelle über die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Bergbau stand am 27. und 28. März im Abgeordnetenhaus zur ersten Beratung. Von konservativer und nationalliberaler Seite wurden allerlei Vorschläge zur Verschlechterung der Novelle gemacht. Der nationalliberale Abgeordnete Hüß verlangte sogar die Uebernahme eines kleinen sogenannten Zuchthausgesetzes in die Novelle. Das Centrum, die Polen und die beiden freistimmigen Parteien traten für die Novelle ein und machten eine Reihe von wichtigen Verbesserungsvorschlägen. Ueber das ganze Gesetz unterrichtet am besten die wirksame Rede, welche im Namen seiner Fraktion von unserm Verbandsanwalt Dr. Mar Hirsch gehalten wurde. Wir bringen diese Rede daher im stenographischen Wortlaut zum Abdruck.

Ueber die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus erscheint auf Beschluß des Centralraths in nächster Woche die Broschüre.

In einer Sitzung des Vorstandes des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände am 18. März hat der Oberschwarzmaier Abg. Henck-Altona Vorschläge gebracht, durch welche den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch gemacht werden soll. Ment setzte auseinander, daß die Aussperrung sämtlicher Arbeiter den Unternehmern einen großen pekuniären Schaden bringe. Die Aussperrung eines Theils der Arbeiter sei aber vielfach ohne entsprechende Wirkung auf die Arbeiterorganisationen geblieben, weil die ausgesperrten Unternehmer zuerst ihre schlechtesten Leute entließen, diese, zumest junge Leute, schnürten ihren Kragen und ließen sich durch die Organisationen der Arbeiter nach anderen Orten abschieben. So bedeute die volle Aussperrung eine kostspielige, die theilweise Aussperrung eine wenig wirkungsvolle Kriegsführung. Nichtin müsse eine billigere und zugleich wirksamere Art der Aussperrung angestrebt werden.

Das Ziel läßt sich erreichen, wenn man die theilweise Aussperrung in der Weise vornimmt, daß die Arbeiter in der Reihenfolge ausgesperrt werden, wie ihre Namen im Alphabet aufeinanderfolgen. Diese Aussperrung trifft dann gleichzeitig alte und junge, tüchtige und untüchtige, verheirathete und unverheirathete Arbeiter und deshalb wirkt sie auf die Arbeiter empfindlicher.

Noch empfindlicher würden die Aussperrungen auf die Gegner wirken, wenn als Gegenstoß gegen eine Reihe von Einzelstreiks eine Aussperrung von Arbeitern desselben Berufes über ganz Deutschland erfolgen könnte und zwar in der Weise, daß alle Arbeiter, deren Namen mit dem Buchstaben A anfangen, ausgesperrt würden. Diesen A-Leuten würden eventuell die B-Leute, dann die C-Leute u. s. w. folgen.

Die ausgesperrten Leute sind durch ihre Namen leicht kenntlich gemacht, so daß die Einstellung dieser ausgesperrten Leute durch Unachtsamkeit kaum möglich ist, wodurch die korrekte Durchführung der Aussperrung verbürgt wird. Den ausgesperrten A-Leuten muß natürlich der Eintritt in die mit Einzelstreiks überzogenen Betriebe gestattet sein.

Wenn nun die innerhalb eines Berufszweiges ausbrechenden verschiedenen Einzelstreiks in der Weise von den Arbeitgebern bekämpft werden, daß sie jedesmal die A-Leute des Berufes, eventuell auch die folgenden B-Leute u. s. w. ausgesperrt haben, so ist es klar, daß während eines solchen Streikjahres die A-Leute nie zur Ruhe kommen, sondern eine Aussperrung nach der anderen über sich ergehen lassen müssen. Das können die A-Leute auf die Dauer nicht aushalten, sie müssen deshalb sich entweder bequemen, als Arbeitswillige bei Streiks ihr Brod zu verdienen, oder sie müssen von den Arbeiterorganisationen vollen Ersatz ihres Lohnes verlangen.

Zu dem Letzteren werden sich die Arbeiterorganisationen wohl bequemen müssen, und damit verliert das System des Einzelstreiks seinen ökonomischen Wert für die Arbeiterorganisationen, weil die Entschädigung an die ausgesperrten Leute 2-3 mal so hoch bemessen werden muß, als das gewöhnliche Streikgeld. Wenn also die Arbeitgeber auf jeden streikenden Arbeiter z. B. zwei Leute aussperren, so werden die Ausgaben der Arbeiterorganisationen für den einen Streik auf das Fünf- bis Siebenfache des gewöhnlichen Streikgeldes steigen.

Durch die vorgeschlagene Art der Aussperrung erhöht man den Arbeiterorganisationen die Kosten des Einzelstreiks sehr erheblich; man verdirbt ihnen die Ökonomie des Systems der Einzelstreiks und erschwert ihnen dadurch das Streiken überhaupt.

Es ist ja klar, daß die unschuldigen Leidtragenden bei diesem System der Aussperrung diejenigen Arbeiter sind, deren Namen mit den ersten Buchstaben des Alphabets anfangen. Darüber darf man aber keine sentimentalischen Anwendungen bekommen.

Die im Verein der Arbeitgeberverbände zusammengeschlossenen Unternehmerorganisationen sollen nun prüfen, ob diese Vorschläge ausgeführt werden können. Der Plan wurde im „Vorwärts“ veröffentlicht. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ erklärt nun, daß der „Vorwärts“ nur durch eine Veruntreuung in den Besitz des Protokolls der letzten Vorstandssitzung habe kommen können. Die Meinlichen Vorschläge seien nur als Material für die weitere Ausgestaltung der vom Verein deutscher Arbeitgeberverbände zu beobachtenden Abwehr-Taktik anzusehen. Die Sache sei aber noch unentschieden. Die Arbeitgeber könnten sich im Uebrigen nur dadurch der gegen sie gerichteten Angriffe erwehren, daß sie entweder auf dem Standpunkt völliger Ignoranz der Koalitionsfreiheit stehen und verlangen, daß jeder einzelne Arbeiter für sich allein mit ihnen verhandelt, oder dadurch, daß sie die Organisationsfreiheit anerkennen und sich auf Grund dessen ebenfalls organisieren, um alsdann von Organisation zu Organisation zu verhandeln. Natürlich ergibt sich im letzten Falle für sie auch die Notwendigkeit zu solidarischer Abwehr der gegnerischen Angriffe. Auf diesem Standpunkt steht nun der Verein deutscher Arbeitgeberverbände, und es ist ihm demgemäß nicht zu verdenken, wenn er seine Kampfmethode der seiner Gegner anpaßt.

Die Methode der Abwehr hätten sie aus der Methode des Angriffs gelernt, „als die sozialistischen Gewerkschaftsführer bei ihren Angriffen geistlich die kapitalschwächeren und weniger widerstandsfähigen Unternehmer niederzuzwingen suchen, um so die Stärkeren zu isolieren und die Solidarität der organisierten Arbeitgeber zu erschüttern. Sie haben uns demgemäß das Rezept für unsere Verteidigungstaktik selbst an die Hand gegeben.“

Das Scharfmacherthum auf beiden Seiten betreibt in jedem Falle seine Hege auf Kosten der Arbeiter. Eine Scharfmacherei aber, wie sie Meink ausgeübt hat, bringt die öffentliche Meinung auf die Seite der Arbeiter, weil jeder Mensch mit fünf gesunden Sinnen erkennt, daß die Meink'sche Methode ein großer Unfug aller schlimmster Art ist. Die Arbeiter müssen daraus lernen, daß sie in Massen den Deutschen Gewerksvereinen beitreten, damit sie einerseits sich schützen und wehren können, andererseits aber in die Kämpfe das solide Element ruhiger und sachlicher Ueberlegung getragen wird. Die Heißsporne unter den Arbeitern sind ebenso wenig kluge Berater, wie die Heißsporne unter den Unternehmern. Das müssen die Unternehmern wie die Arbeiter begreifen lernen.

Die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen. Das Reichsamt des Innern hat eine Denkschrift erscheinen lassen über die auf Anordnung des Reichslandtags von den Gewerbeaufsichtsbeamten veranstalteten Erhebungen, betreffend die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen. 66 von 84 Gutachten sprechen sich für die Herabsetzung auf 10 Stunden aus. Insbesondere für die Textilindustrie, Spinnereien, Ziegeleien, Bürstenfabriken, Leinwandwebereien und Kampagne-Industrie werden befürwortet. Andererseits wird eine Reihe von Industrien namhaft gemacht, in denen Arbeiterinnen überhaupt nicht thätig sein sollten. Die Gutachter sprechen sich vielfach aus für die Erhöhung des Schulalters der Jugendlichen und rathen den Bau von Arbeiterwohnungen an. Zahlreiche Berichterstatter wünschen einen früheren Schluß der Arbeit vor den Sonn- und Feiertagen. Wir kommen noch eingehend auf die Denkschrift zurück.

Ein Vereinsgesetz für die Reichslande. Im Landesausschuß zu Straßburg i. E. fand am 23. März die erste Lesung eines Entwurfs zum reichslandischen Vereins- und Versammlungsgesetz statt, der Entwurf wurde an eine Kommission verwiesen. Von freisinniger Seite wurde durch den Abg. Niff namentlich der § 12 kritisiert, welcher dem Ministerium das Recht giebt, die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung zu verbieten, wenn „zu befürchten steht“, daß durch ihre Abhaltung der öffentliche Friede gefährdet wird. Diese Bestimmung sei so lauschkünftig, daß jede Versammlung, die dem Ministerium unbequem sei, damit verboten werden könne. Auch der § 7 wurde von Niff lebhaft bekämpft, weil er zu viel Macht in die Hände des Bezirkspräsidenten legt, der das Recht haben soll, Vereine aufzulösen, wenn sie die öffentliche Sicherheit oder den öffentlichen Frieden gefährden. Der volksparteiliche Demokrat, Abg. Blumenthal, wandte sich ebenfalls gegen diese beiden Bestimmungen und kritisierte noch den politischen Bevormundungsversuch, wonach die Vereine Fahnen oder Abzeichen nur mit Genehmigung des Bezirkspräsidenten tragen

dürfen. Mit Recht wandte er sich auch gegen den Ausschluß der Frauen von öffentlichen Versammlungen. Der Sozialdemokrat Emmel griff namentlich die Bestimmung an, wonach Minderjährige an öffentlichen Versammlungen nicht theilnehmen dürfen, wodon namentlich die Arbeiterberufsvereine betroffen würden.

Angstige Polizeiverordnung betreffend die Streikposten. Die Polizeiverordnung vom 9. Februar 1892, die für die Provinz Schlesien erlassen ist, bestimmt in § 1: „Wer sich ohne eine besondere Befugniß in der Nähe der Betriebsstätte eines Bergwerks, einer anderen Fabrik, mächtig betriebenen gewerblichen Anlage, insbesondere einer Eisen- oder Zinkhütte, eines Stahl- oder Walzwerks oder einer Baustelle oder auf Zugangswegen zu einer solchen Betriebsstätte oder einer Baustelle aufhält und der Aufforderung des Polizeibeamten oder Gendarmen, sich zu entfernen, keine Folge leistet, wird mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. bestraft.“ Auf Grund dieser Polizeiverordnung wurde ein Maurer, der beim Streikposten stehen sich den Anordnungen des Polizeibeamten nicht gefügt hatte, zur Untersuchung gezogen. In zweiter Instanz sprach das Landgericht zu Beuthen den Angeklagten frei, weil jene Bestimmung rechtsunzulässig sei. Gegen dieses Urtheil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Die Oberstaatsanwaltschaft bezieht in dem Verhandlungstermin vor dem Strafsenat des Kammergerichts die Annahme des Vorderrichters, daß die Polizeiverordnung sich lediglich gegen das Streikpostenstehen richte, als unzutreffend. Als Muster für sie habe die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 27. April 1891 gedient. Diese Verordnung sei erlassen, um für die Folge den Uebelthätern zu steuern, die bei Streiks dadurch veranlaßt seien, daß allerlei müßiges Volk die Betriebsstätten umlagert und den Verkehr gehindert habe. Wenn aber hier die Polizeiverordnung ganz allgemein den Verkehr sichern wolle, dann gelte sie auch demjenigen, der Streikposten stehe, da er dadurch nicht von der Befolgung allgemeiner Vorschriften befreit werde. Der Senat hat jedoch die Revision zurückgewiesen. Er sprach nach der „Schles. Ztg.“ aus, daß § 1 der Polizeiverordnung von 1892 der erforderlichen Bestimmtheit ermangele, insofern er von einer „besonderen“ Befugniß und der „Nähe“ der Betriebsstätte rede. Haupt-sächlich erweise aber § 1 um deswillen als rechtsunzulässig, weil er den Polizeibeamten die Befugniß einräume, Jemand auch von einem Privatgrundstück wegzuweifen. Nach § 6b des Polizeiverwaltungs-gesetzes dürften nur den Verkehr auf der öffentlichen Straße betr. Polizeiverordnungen erlassen werden. Eine solche Polizeiverordnung sei z. B. für Berlin erlassen. Nach ihr mache sich derjenige strafbar, der den zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf der öffentlichen Straße ergehenden Anordnungen der Aufsichtsbeamten nicht unbedingt Folge leistet. Eine derartige Polizeiverordnung besteht auch in Breslau.

Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie. Eine Reihe sozialdemokratischer Zeitungen, insbesondere die „Vortmunder Arbeiterzeitung“, setzen die Forderung gegen den alten Bergarbeiterverband fort, weil er den Streik nicht ausgenutzt habe zur parteipolitischen Propaganda. Diese Art Presse möchte am liebsten einen Streik haben, um den bisher veräuserten Parteierfolg noch nachholen zu können. Für die Bergarbeiter ist es ein Glück, daß die sozialdemokratische Richtung nicht mehr vorwiegt in der Bergarbeiterschaft, sonst würde es dieser Presse gelingen, einen neuen Streik herbeizuführen, über den sich in diesem Augenblicke nur die Unternehmer und die Scharfmacher freuen würden. Die Gewerkschaften leiden natürlich unter dieser Forderung und so sehen sie sich bereits veranlaßt, gegen die sozialdemokratische Presse Stellung zu nehmen. So hat das Agitationskomitee der rheinisch-westfälischen Gewerkschaften eine Zusammenkunft abgehalten, welche sich mit dieser Frage beschäftigte und dann der „Vortmunder Arbeiterzeitung“ folgende energische Erklärung sandte:

In einer Zusammenkunft der für die freien Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen thätigen Gau- und Agitationsleiter, an der theilnahmen die Vertreter der Buchbinder, Maurer, Bauhilfsarbeiter, Metallarbeiter, Holz-arbeiter, Bergarbeiter, Zimmerer, Transportarbeiter, Textilarbeiter, Maler und Anstreicher, Schmiede, Schuhmacher und Steinsetzer wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Gau- und Agitationsleiter von Rheinland-Westfalen erklären sich mit der Haltung des Bergarbeiterverbandes vor, während und nach dem Generalstreik einverstanden, da eine andere Haltung für die Gewerkschaft unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich ist. Zu dieser Erklärung sehen wir uns veranlaßt durch die Berichte in einzelnen Arbeiterzeitungen, wodurch uns die Agitation in den hiesigen Provinzen bedeutend erschwert wird.“

Die sozialdemokratische Presse wird aber dadurch wohl nicht mundtot gemacht, das kann erst geschehen, wenn die Gewerkschaften die parteipolitische Bevormundung ganz über bekommen. Und nur dann ist eine zukunfts- und erfolgreiche Entwicklung der Arbeiterbewegung möglich, weil es dann keine dreieredende „Rebenregierung“ mehr geben kann.

Zu dieser Separirung kann es im Westen um so eher kommen, als die radikalen Elemente mit großer Energie gegen die Wirtländer in der Sozialdemokratie vorgehen wollen. Die Führer der Sozialdemokratie in Essen haben nach der „Voss. Ztg.“ den komischen Beschluß gefaßt, allen Sozialdemokraten die Stimmabgabe zu verbieten, die sich nicht der Parteiorganisation angeschlossen haben. Im Wahlkreise Essen gebe es nur 2000 politischorganisirte Genossen,

über 60 Mitglieder zu verzeichnen haben. Dabei bleiben die ersten beiden Vereine natürlich für die Gewerereinsfrage erhalten.

Zwecks Aufstellung von Anträgen zum Verbandstag in Hannover fand eine außerordentliche Ortsverbandsversammlung statt, in welcher gleichzeitig unserem Abgeordneten Berndt die Wünsche des Ortsverbandes nahegelegt wurden.

Zur Abwehr der immer schärfer werdenden Angriffe des Metallarbeiterverbandes wurden 3 öffentliche Versammlungen einberufen, in welcher Kollege Gleichauf-Berlin als Referent fungierte und war auch hier der Erfolg auf unserer Seite. Beim Delegiertentag des Ausbreitungsverbandes in Buchholz war der Ortsverband durch 4 Abgeordnete vertreten. — Um die Gefährdungen voranzutreiben und beteiligten sich allein an der Beschäftigung der Reuanlage des Konsumvereins Dresden ca. 200 Personen. Bei der Besichtigung der Dr. Klopfer'schen Nahrungsmittelfabrik war die Beteiligung etwas schwächer. Es wurden ferner Karten zu den Volksvorstellungen im Residenztheater, wie auch Karten für die große Kunstausstellung Dresden zu halben Preisen abgegeben.

Arbeitsdifferenzen gab es zweimal; während wir beim Tischlerstreik direkt beteiligt waren, war das beim Streik in der Cigaretten- und Papierbranche nur indirekt der Fall.

Der bedeutendste Vorgang in diesem Jahre war der, daß der Arbeitssachverständigenrat in unsere Hände überging, während er früher nur durch Heranziehung anderer Korporationen lebensfähig war. Dann aber auch die Tatsache, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit, dank der Anregung im Distriktsrat, sich erfreulich gesteigert hat, indem dem obligatorischen Beiträgen von 160 Mk. freiwillige Beiträge von 688 Mk. gegenüberstehen, so daß die gesamte Einnahme 848 Mk. ergibt. Da diese Gelder wieder im Interesse unserer Organisation verwendet werden, so kann der Erfolg nicht ausbleiben. Einen weiteren bedeutenden Vorgang bildet die Gewinnung des Lokalblattes „Sachsenstimme“ für unsere Organisation, durch welches es uns ermöglicht wird, mit unseren Ideen und Bestrebungen mehr an die Öffentlichkeit zu treten, zum andern aber auch, um Angriffe der sogenannten „selbstwühlenden“ Organisation abzuwehren. Gerade aus diesem Umstande heraus ist es notwendig, dieses Unternehmen zu unterstützen und rasen wir allen Gewervereinern Sachsens zu: „Unterstützt die Sachsenstimme!“ Hat uns das vergangene Jahr schon viel gebracht, so erwarten wir von dem kommenden noch mehr. Kollegen, werdet aufmerksam, auf daß es uns möglich wird, auch hier einen ständigen Beamten anzuweisen, der uns bei allen Differenzen rüchlos vertreten kann ohne dabei Gefahr zu laufen, sein Brod zu verlieren.

Dito Hillig, Schriftführer.

Ortsverband Eintracht.

Unser Ortsverband erlebte seine Glorietage in vier ordentlichen und einer außerordentlichen Versammlung, welche abwechselnd in Eintracht, Hartau, Zschopau, Verbitsdorf und Alt-Chemnitz abgehalten wurden und sämtlich sehr gut besucht waren. An Vorträgen wurde bloß einer gehalten, und zwar in Eintracht, wo Generalkontrolleur Raab-Burg über Zwecke und Ziele der Deutschen Gewervereine sprach, welcher auch den gewünschten Erfolg hatte. Weitere Vorträge konnten nicht gehalten werden, da uns Referenten nicht zur Verfügung standen. Im Allgemeinen befaßte man sich mit dem inneren Ausbau der bestehenden Ortsvereine. Am Schlusse dieses Halbjahres möchte ich noch jedem ergebitteten Verbandskollegen zurufen: Halte fest zu unserer theuren Sache und der Erfolg wird unser sein!

H. Wittich, Ortsverbandsvorsitzender, Neutitschen.

Gewervereins-Zeitung.

Wiesbaden. Der Ortsverband hielt am Sonntag, 26. März, Nachm. 3 Uhr, eine Versammlung im „Goldenen Anker“ ab, in welcher der Sekretär der vereinigten Maschinenbauer, Wegler-Magdeburg, einen Vortrag hielt über die Wichtigkeit einer täglichen Zeitung, die vom Ortsverband Magdeburg gegründet werden soll. Mit dem Verbandsorgan, welches nur alle Woche einmal erscheine, könne nicht allen gemehrten Angriffen entgegengetreten werden und agitatorisch wisse eine Zeitung mehr als viele Versammlungen. Es möge jeder Ortsverein 1 Mitglied in die Preis-Kommission entsenden. Es entspann sich dann noch eine lebhafteste Debatte über die Gewerbeentscheidung, an welcher auch der Referent aufklärend teilnahm. Um 7^{1/2} Uhr wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden Kerkens geschlossen.

Friedrich Rauch, Schriftführer.

Fürth. III. Sitzung für die ausgesperrten Kolleginnen vom D.-B. der Frauen. Nachstehende Gelder gingen ein: Ortsverband Scheuditz Mk. 5,00, Bauhandwerker Thurnau 2,60, Arbeiter Metallarbeiter Westend-Charlottenburg 3,00, Schuhmacher und Arbeiter Koffheim 4,00, Tischler Ansbach 5,85, Bauhandwerker Augsburg 3,00, Maschinenbauer Eberach a. Rh. 3,00, Maschinenbauer Nürnberg 5,00, Maschinenbauer Radolfzell 9,00. Summa 40,45 Mk. Weitere Geldsendungen, welcher der D.-B. der Frauen dringend bedarf, um seine Mitglieder zu unterstützen, da auf eine Belagerung der Aussperrung vorläufig nicht gerechnet werden kann, bitten wir der Einfachheit halber von nun an direkt an die Kassierin des D.-B. der Frauen in Fürth, Frau Anna Armbrust, Mathildenstr. 41 II, zu richten. Bedenken Dank für die bisher eingesandten Unterstützung!

Silbesheim. S. A.: Ernst Fröhlich, Ortsverbandskassier. **Wiesbaden.** Der Ortsverband hielt am Sonnabend, 18. März, seine 1. Ortsverbands-Versammlung im „Goldenen Engel“, in welcher Kollege Heinicke-Binden über die Deutschen Gewervereine, die Besserung der Arbeitsverhältnisse und die Sozialpolitik referierte. Kollege Heinicke schilderte in seinem 1^{1/2}-stündigen Referate den Zweck und die Bestrebungen der Gewervereine in wirtschaftlicher sowie in sozialpolitischer Richtung, die Bekämpfung von Seiten der gewerkschaftlichen Organisationen, welche aber ihre Einrichtungen denen der Gewervereine anpassen mußten, Einsetzung von Gewerbe- und Schiedsgerichten, Tarifverträgen, Arbeitsstammern u. s. w. Dieses alles könnte nur erreicht werden durch starke Berufsorganisationen, welche Hand in Hand gingen, statt sich, wie bisher gegenseitig zu bekämpfen. Wir müßten uns die Arbeitgeberorganisationen zum Vorbild nehmen, welche sich

ohne Unterschied vereinigen, sich weder durch Religion noch durch Parteipolitik trennen lassen und zu einem festen Ring zusammenschließen, um ihre Interessen gegen die der Arbeiter zu vertreten. Redner spricht dann noch eingehend über den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet und fordert zum Schluß die Kollegen auf, kräftig für die Gewerereinsfrage einzutreten. Kollegen Heinicke nochmals besten Dank.

S. A.: Reinhold Dörfer, Verbandssekretär.

Krefeld. Am Sonntag, 26. März, hielt der Ortsverband Dypum eine öffentliche Versammlung ab, welche von 70 Personen besucht war. Kollege Ziegler-Düsseldorf sprach über: „Unternehmertum und Arbeiterschaft“. Der Redner behandelte sein Thema mit Hinweise auf den Bergarbeiterstreik, und bewies wie notwendig es ist, daß, wie die Unternehmer, so auch die Arbeiter starke Gewervereine bilden. Dann könnte man, gestützt auf die gegenseitige Macht, von Organisation zu Organisation verhandeln und für ganze Gewerbe die Arbeitsbedingungen festsetzen, wodurch die verbitternenden und für beide Teile schädlichen Kämpfe immer seltener würden. In der Diskussion wurden auch die Zustände in der hiesigen Eisenbahnwerkstätte zur Sprache gebracht und sodann die Versammlung nach 2^{1/2}-stündiger Dauer geschlossen. Dem Kollegen Ziegler besten Dank.

J. Eden, Ortsverbandskassier.

Reiße-Neuland. Dem Ortsverband ist es gelungen, durch die beiden Verbandsmitglieder Herrn Warmer und Großer vom D.-B. Neuland in Reiße einen D.-B. der Tischler zu gründen. Den Gründern besten Dank und dem neuen Ortsverein ein kräftiges Gelingen!

Max Pleitsch, Ortsverbandssekretär.

Wolsitz. Am Donnerstag, 28. März, veranstaltete der Ortsverband Reiburg eine öffentliche Gewerereinsversammlung, in welcher Kollege Dornblüth-Breslau einen Vortrag hielt über: „Die Förderung der Deutschen Gewervereine das Emporstreben der Arbeiterklasse? zur geistigen und wirtschaftlichen Hebung der Arbeiter. Ein möglichst hohes Maß von Wohlstand und Bildung für Alle sei das Ziel der Gewervereine. Hierbei beschäftigte sich Redner auch mit den Hemmnissen in der Entwicklung durch die Sozialdemokratie und ging mit dem Herrn Schlegel, der sich in Nr. 13. D. Red.) die Verteidigung Schlegels war jammervoll und machte auf die Mehrheit der Versammlung einen sehr schlechten Eindruck. In der Diskussion sprachen noch Arbeiterssekretär Neugebauer-Waldenburg, Hahn-Striegau und Zwerner-Reiburg in unserem Sinne. Nach einem mit Begeisterung aufgenommenen Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung kurz vor 11 Uhr geschlossen.

Hermann Hentschel, Ortsverbandssekretär.

Rors b. Köln a. Rh. Der Ortsverband Köln hielt am 12. März eine öffentliche Versammlung in Rors ab, woran sich die Ortsvereine Rors und Ensen beteiligten. L. D.: 1. Mißstände in hiesigen Fabriken. 2. Gewerbeentscheidung. Ortsverband Köln spricht sich im „Gewerereins“ Nr. 12 so aus über die Bemühungen von den Kollegen in Ensen, als wäre Rors nicht vertreten gewesen. Ich muß aber bedauern, daß bei Eröffnung der Versammlung kein Ausschußmitglied, noch viel weniger Mitglieder von Ensen vertreten waren. Auch sonst enthält der Bericht manche Unrichtigkeiten, auf die wir aber im Interesse unserer Sache nicht eingehen wollen. Wir haben alle Zeit den Mutz gehabt, zu vertreten, was wir unternehmen. Wir müssen uns daher ernstlich aussprechen, daß man in Zukunft nicht wieder Angriffe gegen unsern Ortsverein richtet, die gänzlich unmotiviert sind. Auch bei Schilderung der Mißstände in hiesigen Fabriken unterließen Irthümer. Wir Öffentlichkeit aufzutreten, um so unsere Organisation zu stärken und mehr in der wenn sich die Mehrzahl geschlossen hat, schon Stellung zu nehmen wissen gegen wirkliche Mißstände. Die Zahl der Reuaufnahmen beträgt auch nicht 20, sondern leider nur erst 10.

Theodor Schiefer, Schriftführer.

Stettin. Am 26. März ist vom Norddeutschen Ausbreitungsverband in Pödeusch bei Stettin ein D.-B. der Schneider mit 11 Mitgliedern gegründet worden.

H. Gallie.

Verbands-Zeitung.

Bekanntmachung. Es sind in letzter Zeit mehrfach Anschreiben an den Centralrath dem Unterzeichneten überhandt worden. Hierdurch entsteht Zitterluft und unter Umständen unliebsame Verzögerung der Geschäfte. Ich ersuche daher die Verbandsmitglieder, welche dem Centralrath irgend welche schriftliche Mitteilungen zulesenden wollen, dieselben nur an die Verbandssekretäre Klavon oder Reuhtedt zu adressieren. Berlin, 3. April 1905.

Gust. Hartmann, Centralrathsvorsitzender.

Verband der Deutschen Gewervereine (Hirsch-Dunker).

11. Sammelliste für die freitenden Bergarbeiter und andere durch den Streik ausgesperrte Arbeiter. **Brauerverein:** Dresden und Umgebung Mk. 30,00. **Kaufleute:** Berlin IX 3,00, Klemperer u. Metallarb.: Nirdorf 2,60. **Maschinenbau u. Metallarbeiter:** Berlin, Daimler-Werke: Deslar Hundt 4,00, Rich Hundt 2,00, Wiltz, Mühlhner 1,00, Rudau 5,00, Hörde 17,10. **Tischler:** Berlin II 4,85. **Löhner:** Werdmünde 9,00. **Summa Mk. 79,55.** Bereits quittirt Mk. 44650,40. Insgesamt Mk. 44728,95. Ich bitte nunmehr um schleunige Einsendung der restlichen Sammelgelber einschließlich der Listen, da die Sammlung abgeschlossen werden soll. Berlin, 3. April 1905.

R. Klein, Verbandskassier.

Norddeutscher Ausbreitungsverband.

Zu den in Nr. 7 des „Gewerereins“ bekanntgegebenen Ortsvereinen haben noch folgende ihre Beiträge eingesandt: Maschinenbauer-Logelow Mk. 11,—, Zülchow 1,60, Anklam 2,40, Grabow 10,40, Stolp 2,70, Fabrik- und Handarbeiter-Zülchow 2,20, Stettin 1,50, Stolp I 1,10, Tischler-Greifswald 1,40, Rastan i. P. 1,50, Bütow 2,50, Pasewalk 2,80, Stettin 3,50,

während bei der letzten Reichstagswahl ca. 23 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden seien.

„Das sehe so aus, als wollten die 2000 die 23 000 Mitläufer leit-hammen. So etwas verstoße doch gegen die Grundzüge der Sozialdemokratie. Wer sozialdemokratisch wählen wolle, müsse auch sozialdemokratisch organisiert sein und die Grundsatzlos-tosen des Stimmzettels mit bezahlen. Mit den Mitläufern müsse tabula rasa gemacht werden.“

Die Sache hört sich so utlig an, daß man glauben kann, die Radikalen in Essen haben damit nur einen Aprilscherz in die Welt schicken wollen. Vom Radikalismus bis zum Partein ist ja auch nur ein Schritt, vernünftige Menschen werden immer durch beide zum Lachen gereizt.

Arbeiterbewegung. In Weisensfeld dauert der Kampf noch an; wir verweisen auf den Aufruf um Unterstützung im heutigen Gewerksverein und auf die Sammelstellen, die allen Orts-vereinen in dieser Woche zugehen. Schnelle Hilfe thut dringend Noth!

Der evangelische Arbeiterbund hat seinen Vorsitzenden, den Landtagsabg. Franken verloren. Der Arbeiterbund ist Herrn Franken zu radikal geworden. Der Geschiedene erklärt in einem durch die „Rölnische Zeitung“ veröffentlichten Brief an den Parrer Bodamp in Bochum, daß er den Wünschen der evangelischen Berg-arbeitervereine nicht immer gerecht werden könne. Der national-liberale Abg. Franken ist nämlich gegen die Vergesetznovelle, und da es doch wohl gar zu merkwürdig aussehe würde, wenn der Vorsitzende eines Arbeiterbundes gegen ein längst not-hwendig gewordenes Arbeiterschutzgesetz ankämpfen wollte, so legt er seinen Vorsth nieder, um freie Hand zu bekommen für seine politische Betthätigung. Herr Franken redet in seinem Briefe über die Vergesetznovelle nun schon so, als wäre er bereits Vor-sitzender im bergbaulichen Verein. Diesen Theil des Briefes wollen wir hier zum Abdruck bringen:

So dringend ich eine Besserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung wünsche und so gern ich für jede wirkliche Förderung wahrer Arbeiterinteressen einstreite, so wenig kann ich in diesem Entwurf ein geeignetes Mittel zur Hebung der Arbeiterverhältnisse erblicken.

Die vorgesehene Arbeitervertretung auf den Zechen würde nach dem in dem Entwurf vorgeschlagenen Wahlmodus ein Zwang-Act für jede Betthätigung nationaler und evangelischer Gesinnung innerhalb der Bergarbeiter-schaft werden. Die Wahlen würden naturgemäß nur auf solche Elemente fallen, die in ihren Betsprechungen am stumpfsten und in ihrer Gegen-sätzlichkeit zur Arbeitgeber-schaft am radikalsten sind. Den Nutzen davon könnte nur die Sozialdemokratie haben. Ich halte es für ganz außerordentlich bedenklich, einer erneuten wüthen sozial-demokratischen Agitation die Wege zu bahnen, der Umstürzpartei die Befolgung für ein ganzes Heer von Agitatoren abzu-nehmen und damit ein Instrument zu schaffen, durch welches die national und ewangelisch gesinnte Arbeiter-schaft nur noch mehr mundtot gemacht und in den Hintergrund gedrängt werden müßte. Für Arbeitskammern bin ich stets gern eingetretet; gegen eine Arbeitervertretung, wie sie der Entwurf vor-sieht, habe ich die schwersten Bedenken.

Im Uebrigen wird das Gesetz die Folge haben, daß die Kohlen-preise erheblich steigen und dennoch weitere Zechen mit minderer Rentabilität zum Erliegen kommen werden. Durch die Erhöhung der Kohlenpreise aber werden Zustände geschaffen, die dem Wohle unseres deutschen Volkes zuwiderlaufen. Schon daß Millionen deutscher Familien ihren Hausbrand noch theurer bezahlen sollen, als er ohnedies schon ist, erscheint nicht verlockend, zumal nicht, da auch zahlreiche Arbeiter-familien davon betroffen werden, die mit ihren sauer verdienten Groschen schaff rechnen müssen. Bedeutungsvoller aber ist die That-sache, daß durch die Vertreibung des Heimaterials die gesammte deutsche Industrie mit Einschluß der Fabriken und der Schiffahrt in ihrer Konkurrenz-fähigkeit gegenüber dem Auslande aufs Schwerste bedroht und daß darunter die Arbeiter wieder einmal am erheblichsten zu leiden haben werden.

Ich weiß, daß ich mich mit diesen Ausführungen im Gegensatz zu vielen Arbeitern befinde. Aber als ehrlicher Mann fühle ich mich verpflichtet, offen zu erklären, daß ich mit Rücksicht auf die gewaltige Tragweite dieses Gesetzes für dasselbe in seiner jetzigen Fassung nicht stimmen kann. Es ist mir das doppelt peinlich, weil man von mir als dem bisherigen Vorsitzenden des Evangelischen Arbeiterbundes wahr-scheinlich eine andere Stellungnahme erwartet hat. Sie werden es daher begreiflich finden, wenn ich jetzt einen Entschluß ausführe, den ich mit Rück-sicht auf meine Arbeitsüberlastung schon längst gefaßt hatte und hiermit den Vorsth im Evangelischen Arbeiterbunde niederlege.

Es ist recht fraglich, ob die Handelsverträge, welche demnächst mit den Staaten Europas zum Abschluß gelangen, unsere heimathliche Industrie nicht ebenfalls schwer schädigen werden. Ist letzteres der Fall, so leidet darunter auch die Bergwerksindustrie. Ich will dann nicht auf dem Gewissen haben, für sozialpolitische Gesetze mitgewirkt zu haben, welche unserer Industrie die Bewegungsfreiheit genommen und dazu beigetragen haben, eine Brücke zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern abzubauen, auf welcher man bis-lang sich die Hand reichte.

Ich habe es immer verurtheilt, wenn ein wohlhabender Arbeitgeber seine alte und schwach gewordenen Leute aus seinen Diensten entließ. In unserm rheinisch-westfälischen Industriegebiet kamen solche Fälle auch nur vereinzelt vor. Aber wohin soll es führen, wenn der Arbeitgeber mit allen seinen Sorgen für die Existenz und für den Fortbestand seiner Werke genöthigt wird, bei einem gewöhnlich eingeführten Arbeitersauschusse die Genehmigung für allerlei Arbeitsangelegenheiten einzuholen, ohne, daß diesem die geringste Verantwortung für das Wohlergehen des

Unternehmens ober der Arbeiter auferlegt werden kann?

Ich hoffe, eingebend des kameradschaftlichen Zusammenarbeitens, welches mir seit einer Reihe von Jahren mit dem 10 000 Mitglieder zählenden Arbeiterbunde verknüpft war, daß ein freundschaftliches Verhältnis zwischen uns bestehen bleibt und scheide als Vorhänger mit dem Grube: „Gott segne den Bund evangelischer Arbeitervereine!“

In einer Zeit, in welcher der in Arbeiterfragen ohnehin sehr bescheidene Bund evangelischer Arbeitervereine auf die Treue seines Vorhänger rechnen mußte, geht dieser aus wenig bewickelten Gründen seiner Wege. Ein Vorgang ähnlicher Art dürfte sich bisher in der deutschen Arbeiterbewegung wohl kaum gezeigt haben.

In Berlin fand in voriger Woche der 2. Verbandstag des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands statt, zu welchem auch der Staatssekretär Graf v. Poladowsky erschienen war. Wichtigster Gegenstand der Verhandlungen war: „Heimarbeit und Wohnungs-gesetzgebung“, über welchen Privatdozent Dr. Wilbrandt und Lic. Ruwin referirten. Zur Annahme gelangte folgende Resolution:

„Der zweite Verbandstag des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen er-blickt in speziellen Vorschriften über die gewerbliche Benutzung von Wohn-räumen zwar nicht die entsehbare Maßregel gegen das Elend der Heim-arbeit, wohl aber einen im Interesse der Heimarbeiter-familien und des ganzen Volkes dringenden notwendigen hygienischen Eingriff und erwartet daher von der Wohnungsgesetzgebung, daß sie die Heimarbeit nicht außer Acht läßt, sondern, unter Schonung von gegenwärtig an die Heimarbeit ge-setzten Personen, Mindestbedingungen für die als Arbeitsraum dienenden Wohnungen festsetzt, abgestuft je nach der Gesundheitsgefährlichkeit der ein-zelnen Gewerbe. Zugleich möge der Staat die gemeinnützige Schaffung billiger Kleinwohnungen, die den sittlichen und hygienischen Anforderungen genügen, im Interesse der Minderbemittelten im Allgemeinen und der Heim-arbeiterinnen im Besonderen in die Wege leiten.“

Dieser Gewerksverein vertritt die gemäßigte Richtung: er gehört dem Verbands der Deutschen Gewerksvereine nicht an.

Im „Centralblatt für das Deutsche Baugewerbe“, Berlin S.W., Halle-Straße 18, veröffentlicht Albrecht Albert Siebent 11 Zeich-nungen und eine Beschreibung des Verbands-Hauses der Deutschen Gewerksvereine. Der Verlag theilt uns mit, daß die beiden Nummern 12 und 13 des „Centralblattes“ gegen Einsendung von 50 Pfg. franco an jeden Besteller abgegeben werden.

Wie man die Wahrheit auf den Kopf stellt! Unter dieser Ueberschrift erhalten wir folgende Zuschrift: Der Ortsverband Köln erklärt ge-eußer den erlogenen, pöbelhaften Beschimpfungen der hiesigen sozialdemokratischen „Rh.-Ztg.“ gegen unsern Sekretär K. Himmel in Sachen der bekannten Vertragsaffäre des früheren Kartell-affaires und Cigarrenfabrikanten Klein (Köln), daß Alles, was in dieser Sache veröffentlicht wurde, auf Beschluß des Orts-verbandes geschehen ist, und besigt derselbe nach wie vor das volle Vertrauen der Mitglieder unseres Gewerksvereins; die Schreibweise der „Rh.-Ztg.“ in Nr. 57 betreffs vorstehender Sache spottet jeglicher Beschreibung und hat den Zweck, um den Kern der Sache herum zu gehen. Herr Klein verücht nun seine gekränkte Ehre durch solche böswillige Beschimpfungen, zu welchen die „Rh.-Ztg.“ ihm vorzä-gliche Hebammiendienste geleistet hat, wieder herzustellen. Das Ehr- und Anstandsgesühl der „Rh.-Ztg.“ hat sich durch den Artikel im besten Lichte gezeigt. In Folge dessen sprechen wir ihr jedwede Fähigkeit ab, fördernd und bildend für die Arbeiter zu wirken. Der p. Klein spielt sich nun nach berühmtem Muster als psychologisches Räthsel auf, indem er den Termin verjäumt, uns zu verlagern, und nun durch Beschimpfungen (nach dem bekannten sozialdemokratischen Schimpf-Veritico) dies auszugleichen sucht. Zum Schluß bemerken wir, um mit ihren eigenen Worten zu reden, daß sie nicht zu richten haben, denn sie sind gerichtet, auch durch den damaligen Vor-sitzenden der Protestversammlung im Gewerkschaftshaus, Herru Lator. Der Ortsverband Köln erklärt nach wie vor, daß die Handlungsweise des Herrn Klein nicht in Einklang zu bringen ist mit dem Verhalten eines ehrlich denkenden organisierten Arbeiters, und daher halten wir es unter unserer Würde, noch weiter uns mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen.

Der Ortsverband Köln.

J. A. S. Grothe, Ortsverbandsvorsitzender.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1904.

Ortsverband Dresden.

Acht Vertreter-sitzungen, 6 Versammlungen und 3 kombinierte Ausschü-sitzungen; außerdem zahlreiche Sitzungen des Arbeitsnachweises über Freig- und Vorkaufskommission. Die verschiedenen Sitzungen tagten im Diskussionsklub, wobei jeder anwesende, nicht zur Kommission gehörige Kollege, beratende Stimme hat, und somit durch die regenreiche Einrichtung des Diskussionsklubs es jedem Kollegen ermöglicht ist, intensiver zu arbeiten als bisher. Der Ortsverband bestand am Anfang vorigen Jahres aus 21 Vereinen mit 758 Mitgliedern, wovon im Laufe des Jahres 2 Vereine mit zusammen 61 Mitgliedern aus Sparfamleisgründen austraten. Derselbe Verlust gegen-über steht die Gründung des Gewerksvereins der Frauen in Dresden mit zusammen 25 Mitgliedern und die Gewinnung der freien Vereinigung der Töpfer in Dresden mit zur Zeit 32 Mitgliedern; außerdem hat in ver-schiedenen Vereinen eine hübsche Mitgliederzunahme stattgefunden (besonders imley der Ortsverein Wroslawitz mit 39 auf 85 Mitglieder), so daß wir trotz des Austrittes der ersten beiden Vereine noch eine Zunahme von

Schneider-Stolz 1,90, Maler-Stettin II 1,-, Gigarrenarbeiter-Stettin 1,50, Weibliche Berufe-Stettin 3,60. Summa von 538 Mitgliedern Mk. 62,10. Franz Gallies, Kassier, Stettin, Holzstr. 15, Eingang Eisenbahnstr.

* Frauen-Begräbniskasse des Verbandes.

Ausführung über eingegangene Beiträge pro Monat März 1905. Klempner: Berlin III 0,91. Porzellanarbeiter: Hüttensteinach 3,65, Timenau 0,78, Ufersachsen 1,00, Seitendorf 4,05. Schneider: Matthias-Braunschweig 0,78. Stuhlarbeiter: Forst 26,52, Mühlberg 24,25, Sagan 15,34. Töpfer: Dutsburg 1,04. Summa Mk. 78,32. Berlin, den 3. April 1905. R. Klein, Hauptkassier. E. Klavon, Hauptkontrollleur.

Ver samml ungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.) Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstr. 221/223. Vortrag: Kranken-Kassenverf. Gef. Referent Kollege Lewin. Gäste stets willkommen. Sängerkor der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.) Jeden Donnerstag, Ab. 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Sonnabend, 8. April, Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Ab. pünktlich 8 1/2 Uhr. II. A. Vortrag des Herrn A. Kame über meinen Aufenthalt in Central-Afrika. Regulatorporlo. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein mit Damen. Gäste willkommen. Referat 6,7. Siebia's Festsätze, unt. Saal. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter II. Ab. 8 1/2 Uhr, Fruchtstr. 36a. Verf. mit Damen. Monatsbericht. Abrechn. v. Maefenball. Vorschläge zum Generalrat. Anträge zum Delegiertentag. Vortrag u. A. — Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Ab. 8 1/2 Uhr bei Gohlke, Beuststr. 22. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Grünspacht über „Verlöblich und Ehe“. Vorschläge 1. Generalrat u. Centralrat. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter VII. Ab. 8 1/2 Uhr, Triftstr. 41. Vorschläge 1. Generalrat. Vortrag d. Kollegen Hartmann. Regulatorporlo. — Klempner und Metallarbeiter I. Ab. 8 1/2 Uhr, Kollbusenstr. 4a. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Gottschalk: „Die Interessengegenfälle im Bürgerthum durch die moderne volkswirtschaftliche Gesetzgebung“. — Klempner und Metallarbeiter II. Kasernen-Allee 23. Vortrag des Herrn Lehrer Dumjahn: „Die französische Revolution“. — Klempner und Metallarbeiter VII. Ab. 8 1/2 Uhr, Galdensteinstr. 6 bei Riems. T.D.: daselbst. — Graphische

Berufe I. Ab. 8 1/2 Uhr, Restaurant Golecki, Bismarckstraße, Neue Grünstr. 28. T.D.: Geschäftliches. Vortrag des Herrn Wolf-Harnier, Thema: „Das Mittel“. Sämtliche Mitglieder v. B. I. II u. III mit ihren Damen sind freuntl. eingeladen. — Tischler I. Ab. 8 1/2 Uhr, Alabertstr. 21. T.D. Vortrag des Herrn Lehrer Neßls über Auslandsreisen. — Dreher- u. Hilfsarbeiter VII. Donnerstag, 13. April, Ab. 8 Uhr bei Birgens, Gr.-Beerenstr. 63, Ende Fortstr. T.D.: Protokolle, Vereinsangelegenheit, Aufnahme neuer Mitglieder und Betriebsangelegenheit. — Friedrichsberg. Maschinenbau- u. Metallarbeiter. Sonnabend, 8. April, Abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen b. Bischof, Frankfurter Allee 165. Tagesordnung: Monatsbericht. Vortrag. Verschlebens. — Grimmenau. Fabrik- und Handarbeiter. Sonnabend, 8. April, im Vereinslokal. T.D. das. — Nixdorf. Klempner u. Metallarbeiter. Sonnabend, 8. April, Ab. 8 1/2 Uhr b. Gröppler, Bergstr. 147. — Halle a. S. Graph. Berufe u. Maler. Sonntag, 9. April, Vorm. 10 Uhr außerordentliche Versammlung im Passage-Restaurant. Donnerstag, 20. April, Ab. 8 1/2 Uhr Monatsvers. ebendasselbst. — Kauban. Fabrik- u. Handarb. Jeden Sonnabend nach dem 15. jeden Monats Versammlung im Restaurant Schubar, Nikolaitraße.

Orts- und Medizinalverbände.

Beef und Umgeg. (Ortsverband). Sonntag, 9. April, Nachmittags 4 Uhr Vertreterversammlung bei Zanjen in Weidrich. — Dettan-Rosklaus-Naguhn (Ortsverband). Sonntag, 9. April, Nachm. 4 Uhr in Rohlau im „Erbsprinzen“. — Gaspe (Ortsverband). Sonntag, 9. April, Nachm. 5 Uhr bei Ww. Prinker, Gaspe, Zillmannstr. Vortrag des Kollegen Westermann-Rath. — Wünnen-Glabach (Ortsverband). Sonntag, 9. April, Nachm. 4 Uhr kombinierte Ausschuss-Sitzung. Um 5 Uhr Ortsverbandervers. Vortrag des Kollegen Rungs über Gewerbeberichte. — Hannover und Umgeg. (Ortsverband). Sonntag, 16. April, Vorm. 9 1/2 Uhr Ausschuss-Sitzung im Arbeiterverein Hannover, Zimmer 3. — Schwerter (Ortsverband). Sonntag, 16. April, Nachm. 4 Uhr Ortsverbanderversammlung in Schwerte bei Schulze-Seimig.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Friedrichsberg (Maschinenbau- u. Metallarbeiter). Gust. Billert, Sekretär, Wärschauerstr. 87 III. Dresden-Vieschen (Fabrik- u. Handarbeiter). Ernst Bennewitz, Vorsitzender, Dresden-N., Bürgerstr. 33, Hinterh. I. Curt Müller, Kassier, Dresden-N., Eisenbahnstr. 11. Alexander Heimberger, Schriftführer, Dresden-N., Trachenbergerstr. 53 II.

Anzeigen-Zeitung.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine. Ordentliche General-Versammlung am Donnerstag, den 20. April 1905, Abends 7 Uhr im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/223.

- 1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrathes über das Geschäftsjahr 1904. 2. Beschlussfassung über Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 1904. 3. Entlassung des Aufsichtsrathes und des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1904. 4. Beschluss über die Gewinnvertheilung.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, Aktiengesellschaft. J. B.: A. Strubelt.

Centralrath der Deutschen Gewerksvereine.

Sonnabend, 8. Mai, Abds. 8 1/2 Uhr im großen Saal

des Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23,

Schiller-Feier.

Die Festrede hat Herr Stadtschulrath Serksenberg gütigst übernommen. Das Programm wird noch bekannt gemacht.

Eintrittspreis einschließlich Garderobe 30 Pf.

Wir laden hierzu unsere Verbandsgenossen und ihre werthen Familien und Freunde ein und bitten um zahlreichen Besuch.

Das Bureau des Centralrathes.

Starkstrom-

Glektromonteur

gelernter Maschinen Schlosser, für die elektrischen Kraft- und Lichtanlagen eines größeren industr. Werkes in der Nähe Kölns zum baldigen Eintritt geruht.

Angebote mit Angabe der selbst. Thätigkeit, Zeugnisabschriften einschließlich des Schlosser-berufungszeugnisses unter K. C. 2189 an Rudolf Mosse, Köln.

Künstlerische Ausführung billigste Preise Vereinsfähnen Gähnen. Fahnenändern. Vereinsabzeichen etc. CARL NEFFS Fahnenfabrik KUNSTSTICKEREI BIERBACH Württbg. Waldseerstr.

Sonntag, 23. April 1905 (I. Osterfeiertag) Große Matinee in den Prachträumen des Verbandsbureau Greifswalder Straße 221/23 veranstaltet vom Centralrath der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.) zum Besten des Central-Arbeitsnachweises der Berliner Ortsvereine. Die Chorgesänge werden von der Gesangs-Abtheilung des „Vereins der Deutschen Kaufleute“ vorgetragen. Anfang pünktlich Mittags 12 Uhr. Entree 30 Pf. Zu recht zahlreicher Beteiligung ladet hierdurch ein Das Bureau des Centralrathes.

Achtung Tischler!!! Montag, den 24. April 1905 (II. Osterfeiertag) Große Matinee in den Sälen des Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine Greifswalderstr. 221/23 zum Besten der Confirmanden-Sparkasse ausgeführt vom Sängerkor der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.) unter Leitung ihres Dirigenten Herrn R. Daenell und unter Mitwirkung von Damen und Herren der Sparkasse. Anfang 1/2 11 Uhr. Eintritt 30 Pf.